

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredaktion:
Eric Nifringhaus, Berlin.
Telefon: Axel Diefenbach 4196/4198



Abdruck für Verlag und Schriftleitung:
Berlin O 2 61, Teils-Allianz-Platz 5
Druckerschrift: Capotina

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gestattet. Abdruckung ist verboten 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anders verordnet ist. Erfüllungsort für beide Hefen: Berlin.

Berlin, den 12. Mai 1932.

Int. Institut
des Geschichtswissens
Amsterdam

Rücktritt Groeners?

Er bleibt Reichsinnenminister.

SPD. Die Regierung Brüning hat im Reichstag bei der Abstimmung über den Misstrauensantrag gegen das Gesamtkabinett eine Mehrheit von 30 Stimmen erhalten. Sie hat damit freie Hand für die kommenden aussenpolitischen Verhandlungen. Der Versuch der Rechten, ihr vorher das Steuer zu entreissen, ist nicht geglückt. Der Ansturm der Rechten ist wieder einmal abgeschlagen worden.

Unmittelbar nach der Behauptung im Parlament nimmt das Reichskabinett abermals eine Umbildung vor. Im Laufe des Donnerstag nachmittag wurde bekannt, dass der Reichswehr- und Reichsinnenminister Groener den Reichskanzler ersucht hat, ihn von seinem Amt als Reichswehrminister zu entbinden. Das Reichswehr- und das Reichsinnenministerium ist im Oktober 1931 in der Hand Groeners vereinigt worden, um ein starkes Bollwerk zu schaffen gegen alle illegalen Versuche. Die Vereinigung beider Ämter in der Hand des Reichswehrministers hat sich nicht immer als glücklich erwiesen. Sie wird jetzt rückgängig gemacht; aber das Bedeutsame daran ist, dass Groener nicht wieder das Reichswehrministerium allein übernimmt, sondern das Reichsinnenministerium, und dass an seine Stelle als Reichswehrminister wahrscheinlich ein anderer General oder Admiral treten wird.

Die offizielle Begründung, die dem Rücktrittsgesuch Groeners gegeben wird, spricht davon, dass die Aufgabe, die durch Zusammenfassung der beiden Ämter gelöst werden sollte, mit dem Ablauf des Winters erfüllt sei. Sie spricht weiter aber auch davon, dass die Verbindung eines politischen Ministeriums mit dem Reichswehrministerium auf die Dauer den überparteilichen und unpolitischen Charakter der Reichswehr schädigen könne. Dies Letztere sind Erwägungen, die dem Reichskanzler nicht nur in dieser Begründung, sondern auch von anderen leitenden Personen des Reichswehrministeriums vorgetragen worden sind. Der Reichskanzler wird diesen Bedenken so weit Rechnung tragen, dass die Personalunion über beide Ämter wieder gelöst wird, und dass ein neuer Reichswehrminister ernannt wird. Er hofft auf diese Weise die Reichswehr gegen den parteipolitischen Ansturm, der auf sie von rechts her unternommen wird, abschliessen zu können.

Diese Veränderung im Reichskabinett könnte angesichts des Trommelfeuers, das die Rechte auf Groener unternommen hat, und in der Stimmung, die durch den Ausbruch der nationalsozialistischen Brutalität im Reichstag hervorgerufen worden ist, als ein Erfolg der Treibereien der Rechten aufgefasst werden. Dieser Auffassung aber steht eins entgegen: Die Rechte ist gegen Groener angestürmt, weil er die SA aufgelöst hat. Sie hat ihre Angriffe verdoppelt, nachdem er im Reichstags die verräterischen Absichten der Nationalsozialisten und ihrer Parteiarmee offen dargelegt hat. Sie wollte ihn zu Fall bringen wegen des Verbotes der SA. Der Tatbestand nach dem Personalwechsel im Kabinett ist aber, dass der Reichsinnenminister Groener, der die nationalsozialistische Parteiarmee verboten und aufgelöst hatte, der ihren wahren Charakter im Reichstag enthüllt hat, als Reichsinnenminister im Amte bleibt!

Was die Änderung im Reichswehrministerium bedeutet, wird man erst erkennen können, wenn Klarheit über die Person des neuen Reichswehrministers geschaffen sein wird. Im Laufe des Donnerstag wurde der Chef der Marineleitung, der Admiral Raeder, als Nachfolger Groeners genannt. Es heisst von ihm, dass er den Treibereien von der äussersten Rechten fern stehen soll.

Die Regierung Brüning steht auf einer schmalen Basis. Ob ihre Stellung mit den Veränderungen im Kabinett fester wird - das lässt sich noch in keiner Weise überblicken. Die Verantwortung, die sie auf sich nimmt, wird immer stärker. Parteipolitisch gesehen, liegt die grösste Wucht dieser Verantwortung auf dem Zentrum. Von seinen Entscheidungen wird im wesentlichen abhängen, wie sich die Dinge in Deutschland weiter entwickeln. Es steht vor der Frage, ob es vor dem fortgesetzten Ansturm der Nationalsozialisten kapitulieren will oder ob es weiter gegen die Diktaturabsichten der Rechten kämpfen will. Wenn es sich entscheidet, den Kampf gegen die Diktaturabsichten durchzuführen, so wird es dabei selbstverständlich auf die Unterstützung der Sozialdemokratischen Partei rechnen können. Sollte es sich aber entschliessen, zu kapitulieren, so würden die Verhältnisse in Deutschland ausserordentlich ernst werden.

SPD. Danzig, 12. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Danziger Buchdrucker, die am Donnerstag wegen des Verbots der "Volksstimme" in den Streik getreten sind, werden am Freitag die Arbeit wieder aufnehmen. Die Arbeitgeber hatten den Streik mit der Kündigung des Buchdruckereipersonals beantwortet.

SPD. In der Rechtspresse wird im Zusammenhang mit der Affäre Heines u. a. über einen Zwischenfall in der Donnerstag-Sitzung des Reichstags berichtet, an dem u. a. der sozialdemokratische Abgeordnete Grassmann beteiligt gewesen sein soll. Dazu ist festzustellen:

Als während der Rede Dr. Breitscheids die Nazis ihre Zwischenrufe machten die nach dem Ueberfall auf Dr. Klotz die gewaltige Erregung der Sozialdemokraten noch mehr aufpeitschen mussten, rief Abg. Gerlach (Soz) nach rechts: Ihr Bluthunde. Dafür erhielt er einen Ordnungsruf. Frick rief wie mehrmals in den letzten Tagen und auch am Donnerstag den Sozialdemokraten zu: Ihr Verbrecher.

Abg. Grassmann, der vorn seinen Platz hat, kam durch diese gemeine Beschimpfung und auch durch das Ausbleiben ihrer Ahndung in grosse Empörung, ging einige Schritte zum Platz Dr. Fricks hinüber und sagte ihm mit lauter Stimme: "Ihre Beschimpfungen lasse ich für meinen Teil mir nicht mehr gefallen. Meine Ehrenhaftigkeit ist mindestens ebenso viel wert als Ihre!" Nun stürmten eine Anzahl Nazis auf Grassmann zu, der jedoch von dem Abgeordneten Künstler weggezogen wurde.

SPD. Darmstadt, 12. Mai (Eig. Drahtb.)

Das frühere deutschnationale Blatt, die "Hessische Landeszeitung", ist jetzt offizielles Organ der Nazis geworden. Die Wochenzeitung des Gau- und Fraktionsführers der Nazis Lenz hat ihr Erscheinen eingestellt.

SPD. Am Donnerstag-Mittag gegen 12 Uhr wurde der Herausgeber der "Anti-faschistischen Korrespondenz", Dr. Helmut Klotz, im Reichstagsrestaurant von vier Nazi-Bestien überfallen und niedergeschlagen. Der Anführer dieser Bestien die in Uebermacht über einen wehrlosen Menschen herfielen, war der berüchtigte Fememörder Heines!

Klotz war im Reichstag erschienen um mit dem Führer der Sozialdemokratischen Partei, dem Abgeordneten Otto Wels, publizistische Fragen zu erörtern. Er hatte kaum neben Wels Platz genommen, als die Alarmglocke zur namentlichen Abstimmung rief und Wels in den Sitzungssaal eilen musste. Im gleichen Augenblick kamen an dem inzwischen leer gewordenen Tisch mehrere Nazi-Abgeordnete vorüber, darunter der Fememörder Heines. Als er Klotz, der vor Jahren in der Nationalsozialistischen Partei tätig gewesen ist, das Gesindel um Hitler also kennt und deshalb seit langem einen publizistischen Kampf gegen die Nazi-Besti führt, erkannte, rief er: "Da sitzt der Hund, der die Röhm-Briefe gefälscht hat." Kaum hatte das Lügenmaul des Mörders diesen Schwindel von sich gegeben, als Heines und die in seiner Begleitung befindlichen Nazi-Abgeordneten über Klotz herfielen, ihn mit Fäusten traktierten und niederschlugen. Sozialdemokratische Abgeordnete und Hausbeamte eilten dem Ueberfallenen zu Hilfe und befreiten ihn aus den Klauen der Femebestien. Sofort ging Klotz, der aus der Nase stark blutete, mit Hausbeamten durch den Reichstag, um die Täter festzustellen. Im rechten Wandelgang, dem Sitz der Nazis und ihrer deutschnationalen Trabanten, wurden die Beamten von Klotz abgedrängt. Abermals fielen Heines und Konsorten über den wehrlosen Journalisten her. Diesmal waren es etwa 30 Schurken, die sich an dem üblen Spiel beteiligten, Klotz mit Schlägen und Fusstritten bis in den Vorraum des Präsidentenzimmers trieben und erst von ihrem Opfer abliessen, als Abgeordnete dem Ueberfallenen zu Hilfe eilten.

Die Zwischenfälle riefen ausserhalb der Nazi-Fraktion und der Fraktion ihrer deutschnationalen Trabanten grosse Entrüstung hervor, die schliesslich dazu führte, dass der Reichstag aufflog.

+ + +
Heines hat 1920 einen Landarbeiter Schmidt ermordet, der angeblich beabsichtigte, einen Massentransport an die preussische Polizei zu verraten. Entgegen dem Antrag des Staatsanwalts, der gegen Heines Todesstrafe beantragt hatte, verurteilte das Gericht diese Bestie zu 15 Jahren Zuchthaus. Im Wiederaufnahmeverfahren wurde diese Strafe später auf 5 Jahre Gefängnis ermässigt. Davon hat Heines 1½ Jahre abgesessen. Er wurde unter Beihilfe der KPD amnestiert.

Einer der Kumpane der Femebestie Heines, der Düsseldorfer SA-Führer Weitzel, passt ebenso wie Heines zu den Nazis. Er hat zahlreiche Vorstrafen und ist deshalb in den Augen Hitlers besonders berufen, für die Nazis den Reichstag zu zieren. Weitzel ist u.a. vorbestraft wegen Beihilfe zur Abtreibung mit einem Monat Gefängnis, wegen Vergehen gegen das Schusswaffengesetz nicht weniger als viermal und schliesslich wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt.

Der Gutsbesitzer Stegmann-Schillingsfürst, der ebenso wie Heines und Weitzel an dem Ueberfall auf Klotz beteiligt war, hat ebenfalls bereits zahlreiche Leistungen an Gewalttaten aufzuweisen. Erst kürzlich betätigte er sich führend bei einem Ueberfall von Nazi-Gesindel auf ein Reichsbannerlokal. Bei einer Versteigerung tat er sich vor wenigen Wochen ganz besonders als Terrorist hervor.

Der vierte Spiessgeselle im Bunde war schliesslich der Bauernhofsbesitzer Krause-Naudworischken. Ebenfalls eine besondere Marke. Er ist als Rowdy bekannt. Augenblicklich schwebt in Ostpreussen wieder ein Verfahren gegen ihn wegen Körperverletzung.

SPD. Dresden, 12. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Sächsische Landtag beschloss am Donnerstag die von der Regierung vorgenommene 10prozentige Kürzung der Fürsorgesätze rückgängig zu machen und die Regierung aufzufordern, die alten Sätze auszahlen zu lassen. Die Regierung liess dazu erklären, dass ihr zur Durchführung dieses Beschlusses die notwendigen Mittel fehlen.

In einem weiteren Antrag ersucht der Landtag die Regierung die Reichsregierung von dem einmütigen Protest des Landtages gegenüber der verständnislosen Behandlung der sächsischen Notlage zu unterrichten und bei der Reichsregierung mit schärfstem Nachdruck die beschleunigte Zuweisung der erforderlichen Mittel zu verlangen. Ministerpräsident Schieck hat dem Reichskanzler inzwischen die Wünsche der sächsischen Regierung im einzelnen vorgetragen.

SPD. Der Berliner Polizeipräsident teilt zu den Vorgängen im Reichstag mit:

"Nach dem Ueberfall auf den Schriftsteller Dr. Klotz ersuchte der Reichstagspräsident, dem nach Artikel 28 der Reichsverfassung grundsätzlich die Polizeigewalt im Reichstagsgebäude zusteht, den Polizeipräsidenten um Aufklärung des Sachverhalts und Verfolgung der in Frage kommenden - der Person nach bis dahin nicht bekannten - Täter. Auf Grund von Aussagen des Ueberfallenen und verschiedener Zeugen stellte die Kriminalpolizei fest, dass die Täter unter den Angehörigen der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion zu suchen waren und dass als Tatverdächtige in erster Reihe die Reichstagsabgeordneten Heines, Krause (Ostpreussen), Stegmann und Weitzel in Betracht kamen. Als wiederholte Versuche der Polizei, diese Abgeordneten zur Vernehmung herabzuziehen, misslangen, begab sich der stellvertretende Polizeipräsident in den Sitzungssaal, in dem sich die Verdächtigen im Kreise ihrer Fraktionskollegen aufhielten. Sein Bemühen, die tatverdächtigen Abgeordneten zum freiwilligen Erscheinen vor dem vernehmenden Kriminalbeamten zu veranlassen, scheiterte, da sich auf den Bänken der Nationalsozialisten ein ohrenbetäubender Lärm erhob, der jede Verständigung unmöglich machte. Unter diesen Umständen wäre letzten Endes nichts anderes als die polizeiliche Sistierung der gesamten nationalsozialistischen Reichstagsfraktion - zwecks Gegenüberstellung mit den Zeugen und dem Geschlagenen - übrig geblieben. Ein Schutzpolizeikommando war zu diesem Zweck bereits von dem stellvertretenden Polizeipräsidenten in den Sitzungssaal gezogen worden. Von der geplanten Sistierung konnte aber Abstand genommen werden, nachdem sich der nationalsozialistische Fraktionsführer Dr. Frick dem stellvertretenden Polizeipräsidenten gegenüber verpflichtet hatte, dafür Sorge zu tragen, dass die vier erwähnten Abgeordneten sofort vor dem mit der Aufklärung des Ueberfalls befassten Kriminalbeamten erscheinen würden. Die daraufhin erfolgte kriminalpolizeiliche Vernehmung der beschuldigten vier Abgeordneten ergab das Vorliegen des dringenden Tatverdachts (gemeinschaftliche Körperverletzung nach § 223a Strafgesetzbuch) sowie einer bestehenden Verdunkelungsgefahr; sie wurden daher festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt. Nach völliger Aufklärung des Sachverhalts wird - voraussichtlich am Freitag vormittag - die Vorführung der vier Reichstagsabgeordneten vor dem Schnellrichter erfolgen."

SPD. Köln, 12. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Naziabgeordnete des Preussischen Landtags Cuno Freiherr von Eltz-Rübenach aus Wahn bei Köln wurde am Donnerstag von der Bremer Strafkammer zu 100 Mark Geldstrafe verurteilt.

Der Nazi-Freiherr hatte in einer Versammlung in Bonn u.a. den Unsinn

verzapft, der gegenwärtige Dortmunder Polizeipräsident Zörgiebel habe am 9. November 1918 als betrunkenen Matrose in einer Versammlung in Trier den anwesenden Zuchthäuslern, Deserteuren, Gesindel und betrunkenen Matrosen vorgeschwindelt, dass, wenn man die rote Fahne hisse, die Engländer und Franzosen dem Beispiel folgen würden. Eine solche Verbrüderung sei schon auf den Kriegsschiffen vor sich gegangen. Der Hauptzeuge, ein Oberpostsekretär Joseph Fuchs, der die Versammlung in Trier seinerzeit als Beauftragter des Geheimdienstes überwacht haben will, versagte gänzlich. In die Enge getrieben musste er zugeben, dass Zörgiebel nicht als Matrose aufgetreten ist, dass in der Versammlung auch Offiziere gesprochen haben, dass überhaupt nur zwei Matrosen, und zwar im nüchternen Zustand anwesend waren, dass auch nicht Zuchthäusler da waren, weil die Gefängnisse und Zuchthäuser nicht geöffnet worden sind. Schliesslich versteifte sich der Hauptzeuge darauf, dass die Anwesenden Deserteure gewesen seien, ohne natürlich einen Beweis dafür zu erbringen.

Anscheinend hatte der Mann die Versammlungsbesucher mit Wilhelm und seinem Sohn verwechselt, die um den 9. November 1918 herum das deutsche Heer verlassen haben und nach Holland geflüchtet sind.

SPD. Der Reichstag lehnte am Donnerstag die Misstrauensanträge der vereinten Opposition, bestehend aus Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen, gegen das Gesamtkabinett in gemeinsamer Abstimmung mit 287 gegen 257 Stimmen ab.

SPD. Paris, 12. Mai (Eig. Drahtb)

Der sozialistische Abgeordnete Renaudel richtet in einem Artikel der von ihm herausgegebenen Wochenzeitschrift "Das sozialistische Leben" an die Radikalen, die jetzt die stärkste Kammerfraktion bildeten und die Initiative für die Regierungsbildung übernehmen müssten, die Frage, ob sie sich schon für die Konzentration oder für ein Zusammengehen mit den Linksparteien entschieden hätten. Renaudel fährt dann fort:

"Im Widerspruch zu den nicht genügend unterrichteten Propheten kann man, ohne sich zu täuschen, sagen, dass die sozialistische Partei bereit ist, alle Vorschläge anzuhören und zu prüfen. Das schlimmste würde auf jeden Fall darin bestehen, dass die beiden grossen Linksparteien durch ein Zurückweichen vor jeder Initiative das Intrigenspiel der Besiegten begünstigen und, nachdem sie die Zügel nicht zur rechten Zeit kräftig in die Hand genommen haben, von neuem das Tandem Tardieu-Laval auferstehen sehen, um den Sieg des republikanischen Frankreich zu vernichten. Wehe denjenigen, die das nicht verstanden haben! Wehe denjenigen, welche der Kombinationsgeist oder affektierte Unnachgiebigkeit zu Komplizen einer Enttäuschung machen würde, die für sie ja noch schwerer als Furcht vor den zu überwindenden Schwierigkeiten wäre."

Aus diesen Worten wie aus dem kürzlich erwähnten Artikel Léon Blums im "Populaire" geht hervor, dass die sozialistische Fraktion einer Beteiligung an einer Linksregierung nicht ablehnend gegenübersteht. Dieser Ansicht dürfte sich der Sozialistische Kongress mit grosser Mehrheit anschliessen. Die Frage ist nur, ob es zu einer Einigung mit den Radikalen und dann zur Bildung einer Linksregierung kommen wird.

SPD. Darmstadt, 12. Mai (Eig. Drahtb.)

In einer Parteikonferenz kennzeichnete der hessische Staatspräsident Agelung am Donnerstag den eigenartigen und seltenen staatsrechtlichen Zustand, dass das Land Hessen ohne parlamentarische Vertretung ist. Zwar sind die Beschlüsse des durch den Staatsgerichtshof als ungültig erklärten Landtags rechtskräftig, soweit sie nicht Reichsnotverordnungen und sonstigen Reichsgesetzen widersprechen. Aber die Mandate der im November gewählten Abgeordneten sind nicht wie sonst bis zur Neuwahl in Kraft, sondern erloschen. Da der Landtag die Verlängerung des Budgetgesetzes von 1931 abgelehnt hat, besteht ein budgetloser Zustand. Der neu zu wählende Landtag wird voraussichtlich nicht vor dem 20. Juli zusammentreten. Die Staatsregierung ist deshalb entschlossen, aufgrund des Artikels 55 der hessischen Verfassung den Etat durch Notgesetz zu verabschieden. Die von einer nationalsozialistisch-kommunistischen Mehrheit angenommenen Amnestieanträge werden im Einvernehmen mit der Reichsregierung nicht durchgeführt.

SPD. Reichsminister Groener, der den Reichskanzler und den Reichspräsidenten gebeten hat, ihn von seinem Amt als Reichswehrminister zu entbinden und ihm ausschliesslich das Reichsministerium des Innern zu übertragen, begründet seinen Rücktritt wie folgt:

Groener sieht die ihm im Oktober 1931 übertragene Aufgabe, die Reichsautorität durch Zusammenfassung aller Machtmittel des Reiches in der besonders schwierigen Zeit des Winters zu sichern, als erfüllt an. Die weitere Leitung beider Ministerien würde seine Kräfte übermässig in Anspruch nehmen. Ausserdem sei die gleichzeitig Verwaltung eines ausgesprochen politischen Ministeriums wie des Reichsministeriums des Innern durch den Reichswehrminister mit dem unpolitischen und überparteilichen Charakter der Reichswehr auf die Dauer nicht zu vereinbaren. Da er im Reichsinnenministerium eine verantwortungsvolle Aufgabe in Angriff genommen habe, deren Durchführung ihm besonders am Herzen liege, wolle er in der Lage sein, in Zukunft seine ganze Arbeitskraft diesem Ministerium zu widmen.

Ein offizielles Rücktrittsgesuch Groeners liegt bisher nicht vor. Eine Entscheidung über seine Nachfolge im Reichswehrministerium ist auch deshalb erst nach Pfingsten zu erwarten, weil der Reichspräsident am Donnerstagabend einen kurzen Pfingsturlaub nach Neudeck (Ostpreussen) angetreten hat.

SPD. Paris, 12. Mai (Eig. Drahtb.)

Die letzte Reichstagsrede Brünings wird von den meisten Pariser Abendblättern vom Donnerstag aufs schärfste verurteilt.

Der nationalistische "Temps" schreibt: "Die Rede bedeutet einen Markstein in der Entwicklung der deutschen Aussenpolitik. Man kann sagen, dass der Reichskanzler diesmal die Maske abgeworfen und sich mit brutaler Offenheit zugunsten der ultranationalistischen Thesen auf dem Gebiet der Abrüstung und der Reparationen ausgesprochen hat. Dass alle Deutschen die Gleichberechtigung auf militärischem Gebiet und die einfache Streichung der Reparationen verlangen, war bekannt. Dass die Reichsregierung es wagen würde, durch die Stimme ihres verantwortlichen Führers offen diese radikalen Lösungen zu verlangen, bevor noch die Verhandlungen mit den interessierten Regierungen tatsächlich eingeleitet sind, daran konnte man zweifeln. Man wird nicht verfehlen, wieder einmal zu betonen, dass die Rede des Reichskanzlers hauptsächlich den Charakter einer innerpolitischen Operation hat. Aber dieses Argument ist bedeutungslos geworden. Brüning manövriert nach rechts mit einer Schärfe, die seine eigenen Anhänger überrascht. Ob die Nazis an der Regierung teilnehmen oder nicht, hat

jetzt nur noch relative Bedeutung, nachdem der Reichskanzler entschlossen zu sein scheint, gegenüber den anderen Mächten ihre Politik inbezug auf die wahren Ziele Deutschlands zu erreichen."

Das schwerindustrielle "Journal des Débats" erklärt: "Brüning hat mit seiner Rede seine Offensive gegen die Verträge noch verstärkt. Es gibt jetzt keinen Unterschied mehr zwischen seiner Politik und der der Nazis. Man kann nicht mehr von Verhandlungen sprechen; in Berlin werden jetzt Ultimaten an die Welt und besonders an Frankreich gerichtet."

Der "Paris Soir" beurteilt die Rede ruhig. Die Zeitung führt aus, dass die Rede nichts neues über die Stellung der Reichsregierung zu den grossen internationalen Problemen gebracht habe, nur ihr Ton sei neu. In kraftvollen und unnachgiebigen Ausdrücken habe Brüning diesmal dem Willen des deutschen Volkes Ausdruck gegeben, sich von den Ketten des Versailler Vertrages zu befreien. Der Kanzler habe nämlich vor dem Reichstag gesprochen, wo er einen Teil der Rechten brauche, um eine Mehrheit zu erreichen, aber in den internationalen Verhandlungen der nächsten Monate werde er sicherlich seine ganze Diplomatie wiederfinden.

SPD. In 3½ stündiger Sitzung beschäftigte sich der Ältestenrat des Reichstags am Donnerstag-Nachmittag zum zweitenmal mit den Vorgängen, die zum Ausschluss der vier nationalsozialistischen Abgeordneten und der Unterbrechung der Sitzung des Reichstags geführt haben.

Präsident Löbe legte eingehend die Gründe dar, die ihn zu einem Verhalten bestimmten. Erst nach der ersten Sitzung des Ältestenrats sei ihm eine genaue Schilderung der Vorgänge bei der zweiten Schlägerei in den Wandelgängen gegenüber dem Journalisten Dr. Klotz bekannt geworden. Klotz sei auf Aufforderung von zwei Reichstagsbeamten unter deren Schutz in den Wandelgang begleitet worden, um dort eine Feststellung der Persönlichkeiten der Täter beim ersten Ueberfall vorzunehmen. Da diese Ermittlungen durch Reichstagsbeamte nicht möglich gewesen seien, sei ihm klar geworden, dass die Polizeigewalt des Reichstags allein zur Feststellung des Tatbestandes nicht ausgereicht habe und dass zur Vorbeugung einer Verdunkelungsgefahr die Uebertragung der Ordnung im Hause an die Polizei erfolgen musste. Der Ausschluss der Abgeordneten auf 30 Tage wegen Verletzung der Ordnung des Hauses sei gemäss § 91 der Geschäftsordnung unbedingt geboten gewesen. Es sei jedoch undenkbar, dass, wenn etwa der Präsident des Reichstags ausserhalb des Sitzungssaals von einem Abgeordneten eine Ohrfeige erhalte, er nachher im Sitzungssaal demselben Abgeordneten das Wort erteile. Die Ordnungsbefugnisse des Präsidenten erstreckten sich auf das ganze Haus und nicht nur auf den Sitzungssaal. Die Fortsetzung der Reichstagsitzung sei ohne Klärung der heutigen Zwischenfälle nicht möglich. Er beabsichtige, die nächste Sitzung im Einvernehmen mit dem Ältestenrat und nach Fühlungnahme mit der Reichsregierung festzusetzen.

Der Nazi-Abgeordnete Frick erklärte den Ausschluss für unvereinbar mit dem § 91 der Geschäftsordnung. Seine Freunde hätten sich mit vollem Recht der Ausweisung durch den Präsidenten nicht gefügt. Er verlange die Einberufung des Reichstags für Sonnabend. Auch müsse entsprechend dem Urteil des Staatsgerichtshofes gegen den preussischen Landtag entgegen der bisherigen Praxis des Reichstags anerkannt werden, dass ein Drittel des Reichstags seine Einberufung verlangen könne.

Im Gegensatz zu Frick behauptete der Nazi- Abgeordnete Goering, dass es den ausgeschlossenen nationalsozialistischen Abgeordneten gar nicht möglich gewesen wäre, den Sitzungssaal zu verlassen, weil sie nicht erkannt hätten was sie tun sollten.

Ausserordentlich scharf brandmarkte der Abg. Leicht (Bayr.Vp.) diesen merkwürdigen Widerspruch zwischen Frick und Goering, der nur erklärlich sei

wenn man wisse, dass die Nationalsozialisten immer leugnen, wenn ihnen gegen- über etwas Unangenehmes wahrheitsgemäss festgestellt werde. Gegen eine Roheit, wie sie in den Tätlichkeiten gegen Klotz vorgekommen sei, müsse das Parlament sich mit allen Mitteln schützen.

Vizepräsident Gräf (Dnat), der das Verhalten der nationalsozialistischen Abgeordneten bedauerte, machte ihnen zugleich den Vorwurf, sie hätten der Mehrheit den Vorwand geliefert, aus einer unbequemen politischen Situation herauszukommen. Der § 91 aber sei nur während der Sitzung anwendbar und nicht für Vorgänge ausserhalb des Sitzungssaals, vor allem aber auch nicht rückwirkend.

Die Vorwürfe gegen die Mehrheitsparteien, aus politischen Gründen die Situation verschärft zu haben, wurden vom Vizepräsidenten Esser und dem Abgeordneten Dittmann (Soz) auf das entschiedenste zurückgewiesen. Bei der Rede von Esser kam es zu heftigen Zwischenfällen mit Herrn Gräf, die nur mühsam beigelegt werden konnten.

Allgemeine Empörung verursachte das Auftreten von Nazi-Strasser, der selbst unter dem Verdacht steht, sich an den Tätlichkeiten gegen Klotz beteiligt zu haben. Strasser erklärte in der bei ihm gewohnten zynischen Art, er habe absolutes Verständnis dafür, dass Klotz, dieser Schweinehund, verprügelt wurde. Er habe das durchaus für richtig gehalten und lediglich seinen Freunden gesagt, es dürfte immer nur einer schlagen. Er bedauere ausdrücklich und wiederholte diese Äusserung mehrfach, dass Klotz überhaupt noch lebe: "Wir sind ganz zufrieden, dass ihm eine gelatscht wurde." Wenn er noch einmal durch ihren Wandelgang gehe, könne er für nichts garantieren. Er habe gelernt, was die Machtstellung des Reichspräsidenten bedeute. Wenn sie in den Besitz dieser Machtstellung kämen, und das würde ja nicht mehr allzu lange dauern, dann würden sie den Reichstag nicht auf drei Monate, sondern auf drei Jahre vertagen.

Diese Äusserungen veranlassten den Abg. Dingeldey (Vp) zu einer sehr scharfen Verurteilung. Kein Wort sei scharf genug, um das Verhalten der nationalsozialistischen Abgeordneten zu brandmarken. Er hätte gewünscht, die Fraktionsführung wäre von diesen Handlungen abgerückt. Umsomehr bedauere er, dass die Fraktionsführung durch Herrn Strasser diese Taten ausdrücklich gebilligt habe, statt eine andere Auffassung für die Zukunft in Aussicht zu stellen. Er habe zwar Zweifel, ob die Ausweisung gemäss der bisherigen Praxis bei der Handhabung des § 91 gerechtfertigt gewesen sei. Den Anordnungen des Präsidenten aber hätte man unbedingt Folge leisten müssen. Die Vertagung des Reichstags bis zum 6. Juni halte er nicht für gerechtfertigt.

Die Anträge der Nationalsozialisten und der Kommunisten, noch in dieser Woche oder am 19. Mai eine Sitzung des Reichstags abzuberaumen, wurden gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, der Kommunisten und der Deutschnationalen abgelehnt. Auf Antrag des Vizepräsidenten Esser wurde beschlossen, dem Präsidenten zu überlassen, nach Benehmen mit der Reichsregierung und im Einvernehmen mit dem Ältestenrat die nächste Sitzung des Reichstags festzusetzen. Präsident Löbe erklärte, dass er den Reichstag wahrscheinlich zum 6. Juni einberufen werde.

SPD. Die Meldungen, dass der Rücktritt des Reichswehrministers Dr. Groener auf Intrigen einer Generalskamarilla zurückzuführen sei, werden von amtlicher Seite entschieden bestritten. Weder gegenüber dem Reichspräsidenten noch gegenüber dem Reichskanzler sei von einem General der Reichswehr jemals der Wunsch nach einem Rücktritt Groeners geäussert worden. Ebensowenig sei ihnen von Generälen der Reichswehr die Mitteilung zugegangen, dass Groener nicht mehr das Vertrauen der Reichswehr besitze. Reichskanzler und Reichspräsident hätten in letzter Zeit überhaupt Generäle der Reichswehr weder empfangen noch mit ihnen über einen eventuellen Rücktritt Groeners gesprochen. Groener habe seinen Entschluss von sich aus gefasst und sich mit einer derartigen Absicht schon seit Monaten getragen.

Der Geist muss siegen!

Eine Pfingstbetrachtung.

SPD. Vom stolzen Dombau der Grosstadt wie von der kleinsten Dorfkirche tönen heute die Glocken ihren metallenen Pfingstgruss für die Gläubigen. Die Christen aller Konfessionen gedenken der überlieferten "Ausgiessung des Geistes", der über die Apostel kam und sie "in Zungen reden" liess.

Das Wunder ist des Glaubens liebstes Kind. Das Wunder verklärt auch den heiligen Eifer der Jünger, die predigend und lehrend durch das Land zogen, um von der nazarenischen Heilsbotschaft für die Armen zu zeugen. Jene Fischer und Zimmerleute und Teppichweber, die als Apostel von der göttlichen Sendung des Zimmermannssohnes aus Nazareth berichteten, waren gewiss einfache Menschen. Und wenn die religiöse Ueberlieferung durch das Pfingstwunder ihren gläubigen Eifer gleichsam in eine höhere Region erhebt, so liegt darin eine zweifellos starke Symbolik.

+

Wir erleben wieder einmal Zeiten von gleicher innerer Unruhe, wie jene, in denen die Geschichte des Christentums begann. Alle Bodenständigkeit schein aufgehoben zu sein. Völker sind in Gärung und in Bewegung geraten. Alte Ansichten zerbrechen, alte Gruppierungen nicht minder. Und wieder zieht ein Jemand durch das Land, dem seine Anhänger fast die Eigenschaften eines Messias andichten. Nur dass er nicht auf Sandalen und in härenem Gewande einher-schreitet, sondern im Luxusauto und im Flugzeuge dahintrast. Nur dass er sehr wohl weiss, wohin er sein Haupt lege - sei es im "Kaiserhof" oder im Braunen Hause. Und dass er nicht das schlichte Wort von Gethsemane spricht: "Stecke dein Schwert in die Scheide, denn welcher das Schwert zieht, der wird durch das Schwert umkommen!" Dieser neue Messias der Geistig-Armen rühmt vielmehr seine "rauen Kämpfer", die täglich neue Blutschuld auf sich laden, und ist "unendlich stolz", ihr "Führer" zu sein!

+

Millionen zerquälter, wirtschaftlich zerrütteter, durch Arbeitslosigkeit zermürbter Mitmenschen leisten heute dem neuen Messias Gefolgschaft. Seine Jünger geraten in Verzückung, wenn sie seinen Namen aussprechen und künden mit stolzgeschwellter Brust, dass sich Mütter mit den Säuglingen im Arm vor die Räder seiner rasenden Karosse werfen, um einen Klick von ihm zu erhaschen. Aber der Geist fehlt, der die rasenden Banden aus dem Dasein von Schlägerkolonnen zu einem höheren Ziele führen könnte. Die Idee, die sammelnde, klärende, schöpferische Idee, die dem lärmenden Treiben geistigen Gehalt geben könnte, sucht man vergebens.

Vor wenigen Tagen noch hat einer der Rufer im Streit versucht, im Reichstage der neuen Botschaft Wesenskern zu enthüllen. Er warf sich ins Gewand des Staatsmannes, der aus der Demagogenschule kam, und redete "sachlich" - zur Ueberraschung des Volkes, das ihn hörte. Aber was er da entwickelte als Programm, als Zielsetzung für die nächste Zukunft, erwies sich bald als abge-standen und abgeblasst, aus den Magazinen der anderen wahllos zusammengerafft. Dem kritischen Blick hielt es so wenig stand, dass schon nach einigen Stunden der Firniss staatsmännischer Beschränkung platzte und die "Messiade" endete in dem wüsten Geschrei übelster Jahrmarktsgaukler.

+

Der Geist fehlt, die sammelnde, ordnende, schöpferische Idee! Der Geist aber wird siegen, so stark sich auch die Trabanten des Hakenkreuzes dünken mögen. Als selbstgerechte Pharisäer ziehen sie umher und schmähen alles, was aus demokratischem Wollen und sozialer Einsicht entstand. Mit dem Schmähen ist jedoch nichts getan, mit der Knechtlosigkeit, die alles dem Einen, dem "Führer" überlässt, noch weniger. Sieghaft allein bleibt der zukunftssträchtige Gedanke, der im Boden der Tatsachen wurzelt und seine Kraft aus dem Volke

schöpft, um für das Volk zu wirken.

Der Geist des Willens zum Kampfe war es, den der Redner der sozialdemokratischen Fraktion jenem Apostel des Hakenkreuzes entgegenstellte. Der Geist, der aus dem Gefühl solidarischer Verbundenheit der arbeitenden Volksmassen erwuchs, der Gedanke der Klassenzusammengehörigkeit - dieser Geist, der nicht nur in einer Pfingstwoche lebendig ward, überlebt und überwindet die Not der Gegenwart und weist den Weg in die Zukunft!

Nicht Knechtssinn, sondern der Stolz freier Staatsbürger! Nicht Gehorsam für "die Führer", sondern freiwillige Einordnung in die Reihen Gleichstrebender, nicht Diktat, sondern Selbstbestimmung! Und vor allem: Nicht wahlloses Herumpfuschen an einzelnen Erscheinungen wirtschaftlicher Unzulänglichkeit, sondern planvolles Streben nach einer neuen Gesellschaft, die an die Stelle kapitalistischer Anarchie die Ordnung sozialistischer Produktion setzt!

Kapitalistischer Ungeist ist unter das Zeichen des Hakenkreuzes geflüchtet, nachdem er seine eigenen bisherigen Gefässe zertrümmert hatte. Unter diesem Zeichen zieht er seine letzten Kräfte zusammen, um die siegreich vordringende Idee des Sozialismus aufzuhalten.

Aber seine Ausflüchte sind vergebens, seine Tarnung ist längst erkannt. Klar und einfach stehen die Linien: der demokratische Sozialismus, das Lebensziel von Arbeitergenerationen, steht bereit, den geistigen Endkampf gegen Unverstand und Unkultur zu führen. Und der Geist muss siegen, der, auf Kameradschaft und Erfahrung gegründet, lebendig wirkt in den geschlossenen Kolonnen der Arbeiterbewegung unter dem Zeichen des Hammers, der die Zukunft schmiedet!

SPD. Paris, 12. Mai (Eig. Drahtb.)

Frankreich hat dem ermordeten Präsidenten Doumer am Donnerstag-Vormittag ein grandioses und ergreifendes Begräbnis bereitet. Auf dem Wege, dem der Leichenzug vom Elysee zur Notre Dame-Kathedrale und von dort nach dem Pantheon folgte, waren hunderttausende auf den Beinen. In der Umgebung des Pantheons war das Gedränge lebensgefährlich. Mehrmals wurde vor der Ankunft des Zuges die Absperrkette durchbrochen.

An der letzten Ehrung für Doumer beteiligten sich sämtliche Staaten der Welt durch besonders beauftragte Vertreter. Aus Belgien war König Albert erschienen. Der König von England war durch den Prinzen von Wales, der König von Italien durch den Herzog von Aosta, der König von Südslawien durch seinen Vetter, den Prinzen Paul, vertreten. Reichspräsident von Hindenburg hatte den Botschafter von Hoesch mit seiner persönlichen Vertretung beauftragt, ebenso Präsident Hoover den Botschafter Edge. Acht mit unzähligen Kränzen bedeckte Wagen fuhren dem Leichenwagen voraus. Unter den Kränzen bemerkte man den des Reichspräsidenten mit einer weissen Schleife und den der Reichsregierung mit einer schwarzrotgoldenen Schleife.

Der Zug, dem Truppenabteilungen mit Kapellen vorausmarschierten, wurde durch eine grosse Abordnung des Verbandes der Schriftsteller, die ehemalige Kriegsteilnehmer sind und in deren Mitte der Präsident die tödlichen Kugeln erhalten hat, eröffnet. Fast alle Häuser der Strassen, die der Zug passierte, trugen Flaggen- und Trauerschmuck. Die öffentlichen Gebäude, besonders das Rathaus, waren mit schwarzen Draperien behängt.

In der Notre-Dame-Kathedrale fand die kirchliche Feier statt, die der Erzbischof von Paris leitete. Dann bewegte sich der Leichenzug zum Pantheon, unter dessen Säulenhalle ein riesiger Baldachin angebracht war. Unter ihm stand der Katafalk, in den der Sarg hineingeschoben wurde. Zur Linken des Katafalks hatten die Familienangehörigen, zur Rechten der Präsident der Republik die Vertreter der fremden Staatshäupter, das Präsidium des Senats und der Kammer sowie die Mitglieder der Regierung Platz genommen. Abordnungen der

der Kriegsteilnehmerverbände mit ihren Fahnen rahmten den Vorplatz ein.

Die Trauerrede wurde von Ministerpräsident Tardieu gehalten, der sich vorher vor der Witwe Doumers und dem Sarge verneigte. Tardieu schilderte den Verstorbenen als das lebendige Abbild dessen, was die Demokratie ist und kann. Doumer sei ein leidenschaftlicher Patriot gewesen, er habe niemals die Popularität gesucht noch sich durch eine schreierische Reklame in den Vordergrund gedrängt. Den Abschluss der Feier bildete ein Vorbeimarsch sämtlicher Truppen der Pariser Garnison. Abends erfolgte dann im engsten Familienkreise die Beerdigung der Leiche in der Familiengruft an der Seite der im Kriege gefallenen Söhne Doumers.

SPD. Dresden, 12.Mai (Eig:Drahtb.)

Die Sozialdemokratische Fraktion hat im Sächsischen Landtag zu dem Grossenhainer Justizskandal folgenden Antrag eingebracht:

In Grossenhain haben am 28.April bewaffnete Nationalsozialisten, die aus den Amtshauptmannschaften Grossenhain und Meissen zusammengezogen waren, einer vorschriftsmässig angemeldeten Reichsbannerzug planmässig überfallen. Sie drangen in die hinteren Reihen des Reichsbannerzuges ein, verletzten Teilnehmer des Zuges und stachen auf Unbeteiligte ein. Da die Polizei nicht sofort zur Stelle war, mussten sich die Reichsbannerleute selbst zur Wehr setzen, wobei drei angreifende Nationalsozialisten verletzt worden sind. Die Polizei löste schliesslich den Reichsbannerzug auf und durchsuchte das Grossenhainer Gewerkschaftshaus nach Waffen, anstatt sofort die angreifenden Nationalsozialisten nach Waffen zu durchsuchen. Am 29.April wurden sieben Reichsbannerleute aufgrund nationalsozialistischer Zeugenaussagen verhaftet und nach einem Schnellverfahren, in dem die Rechte der Verteidigung in keiner Weise gewahrt worden sind, zu jahrelangen Zuchthaus- und Gefängnisstrafen verurteilt. Dieses Urteil hat in der gesamten republikanischen Bevölkerung ungeheure Empörung ausgelöst. Das normale Rechtsempfinden bäumt sich dagegen auf, dass Republikaner, die in der Notwehr notorische Verbrecher abwehren mussten, für dieses selbstverständliche Recht mit so ungeheuerlichen Strafen belegt werden. Das Urteil ist deswegen besonders aufreizend, weil zahlreiche Fälle von nationalsozialistischen Provokationen in Grossenhain bereits gerichtskundig sind.

Aus diesem Grunde beantragt die Sozialdemokratische Fraktion: Der Landtag wolle daher beschliessen: 1) die Regierung zu beauftragen, gegen die einseitige Untersuchung und Prozessführung im Grossenhainer Zuchthausprozess die schärfsten Massnahmen durchzuführen; 2) alle gesetzlichen Massnahmen zu treffen die geeignet sind, das Grossenhainer Tendenzurteil gegen die verurteilten Reichsbannerleute zu revidieren.

SPD. Itzehoe, 12.Mai (Eig:Drahtb.)

Die Zusammenstösse zwischen Nationalsozialisten und Republikanern nehmen im Westen Schleswig-Holsteins kein Ende, auch nicht die Zusammenstösse zwischen Nazis und Kommunisten, die vielfach mit schweren Schlägereien enden. In Wesselburen ist ein Kommunist vor einigen Tagen durch Unterleibsschüsse von Nationalsozialisten schwer verletzt worden und jetzt im Krankenhaus gestorben. In der Bevölkerung der kleineren Städte und des flachen Landes sieht man mit wachsender Besorgnis auf die sich fast täglich ereignenden Zusammenstösse und erwartet von der Regierung, dass sie durch Entsendung von Schutzpolizei für die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sorgt.

Parlamentarier oder Banditen.

Nazi-Bestien überfallen einen Journalisten im Reichstag. - Die Täter, darunter Fememörder Heines, in Haft.

SPD. Berlin, den 12. Mai (Eig. Bericht)

Im Reichstage breitet sich die Atmosphäre politischen Mordes aus. Schön in der Nacht zum Donnerstag wurden während der Rede des Abgeordneten Sollmann von dem Nazi-Jüngling Schaller und anderen Nationalsozialisten Drohungen gegen den Redner ausgestossen. Als die Nationalsozialisten das Haus verliessen, verkündigten mehrere von ihnen laut, dass Sollmann etwas passieren werde, wenn er nach Köln komme, Drohungen, die man im allgemeinen nicht tragisch zu nehmen pflegt.

Der Donnerstag vormittag aber zeigte, dass nunmehr nationalsozialistische Schläger den Schauplatz ihrer rohen Instinkte sogar in das Reichstagsgebäude verlegen. Der Herausgeber der "Antifaschistischen Korrespondenz" Helmuth Klotz wurde zweimal von nationalsozialistischen Horden überfallen. Zunächst in Speisesaal, dann in Gegenwart von Beamten des Reichstags, die die Täter feststellen wollten, unmittelbar neben dem Sitzungssaal. Beteiligt waren die Abgeordneten Stegmann, Kraus-Ostpreussen, Weitzel und selbstverständlich die Femebestie Heines.

Erst allmählich verbreitete sich die volle Wahrheit über die Untat im Hause. Auch der Präsident war zunächst unvollkommen unterrichtet und zögerte deshalb mit scharfen Massnahmen, zumal die Dinge sich ausserhalb des Plenarsaales zugetragen hatten. Als die Aussage des feige von vielfacher Uebermacht niedergeschlagenen Klotz vorlag, verlangte die sozialdemokratische Fraktion Abbruch der Sitzung, um sich über die aus den Vorfällen sich ergebenden Folgerungen schlüssig zu werden. Nach Wiedereröffnung der Tagung verhängte der Reichstagspräsident Löbe den Ausschluss von 30 Tagen über die an dem Ueberfall beteiligten 4 nationalsozialistischen Abgeordneten. Ferner teilte er mit, dass er der Polizeibehörde freie Hand für ihr Vorgehen gegen die beschuldigten Abgeordneten erteilt habe.

Die ausgewiesenen Abgeordneten blieben herausfordernd inmitten ihrer Fraktion sitzen. Auch machten die nationalsozialistischen Fraktionsführer keinerlei Versuch, die gemassregelten Abgeordneten zum Verlassen des Sitzungssaales zu bewegen. Der Präsident stellte fest, dass seiner Anordnung nicht Folge geleistet werde. Er hob die Sitzung auf und teilte mit, dass er bekanntgeben werde, wann die nächste Reichstagsssitzung sei.

Die Nationalsozialisten, zwar geübte Schläger, aber ungewandte und ungeschliffene Parlamentarier, hatten einen solchen Ausgang nicht erwartet. Sie waren im ersten Augenblick verblüfft. Die Mehrheit des Hauses hatte keinen Anlass, weiter zu tagen. War doch das Misstrauensvotum gegen die Reichsregierung abgelehnt und das wichtige Schuldentilgungsgesetz angenommen.

Dicht zusammengedrängt standen die Nationalsozialisten, um sich zu überlegen, wie sie aus der Sackgasse herauskommen könnten. Die vier an dem Ueberfall Beteiligten verbargen sich in der Masse ihrer Fraktionskollegen. Insbesondere war der Fememörder Heines in voller feiger Aufregung. Er wagte sich nicht bis zur Tür des Sitzungssaales in der Furcht, dass die Polizei ihn fassen könnte.

Inzwischen zeigte sich, dass die Vorfälle organisiert waren. Tribünenbesucher grüssten die nationalsozialistische Fraktion mit "Heil Hitler", die Nationalsozialisten im Saale grüssten ebenso auf die Tribünen hinauf. Während die Tribünen geräumt wurden, überhäuften nationalsozialistische Abgeordnete die im Saale verbliebenen Abgeordneten anderer Parteien mit Beschimpfungen und Drohungen.

Plötzlich rückte von der Türe hinter den Regierungsbänken ein Kommando von Schutzpolizei in den Sitzungssaal ein. 75 Mann Schupo waren in das Haus

beordert, um allen etwaigen Widerstand der Nationalsozialistischen Fraktion gegen die Festnahme der Banditen in ihren Reihen zu brechen. Wildes Geheul der Nationalsozialisten begrüßte die Beamten. Die Schupo überstieg die Bänke und rückte in geschlossener Linie vor, um die nationalsozialistische Fraktion einzukreisen. Der Polizeivizepräsident Weiss wurde hundertfach von den Nationalsozialisten beschimpft. Kriminalbeamte gaben sich Mühe, die des Ueberfalls auf den Journalisten Klotz beschuldigten Abgeordneten aus dem Wirrenknäuel herauszufinden. Zwei der Schläger wurden schliesslich hinausgeführt. Inzwischen sah man, wie der Fraktionsführer Dr. Frick mit dem Polizeivizepräsidenten zu verhandeln begann. Wenige Minuten später rückte die Polizei ab und nahm ausserhalb des Sitzungssaales in der Nähe des Zimmers des Reichstagspräsidenten Aufstellung.

Man erfuhr, Dr. Frick habe sich dafür verbürgt, dass die beschuldigten Abgeordneten sich nun freiwillig zur Vernehmung stellen werden. In der Tat begaben sie sich, da jeder Widerstand gegenüber solcher Polizeimacht nutzlos war, eskortiert von Polizeibeamten in ein Beratungszimmer, wo die Vernehmungen stattfanden. Die vier Abgeordneten wurden polizeilich festgenommen und ins Polizeipräsidium gebracht, wo sie des Termins vor dem Schnellrichter harren.

Noch immer war der Sitzungssaal von erregten Abgeordneten erfüllt. Der Abg. Torgler, der sich an diesem Tage schon wiederholt in Schmähungen der Sozialdemokraten und in Hilfsstellung für die Nationalsozialisten hervorgetan hat, log seine Fraktion an, der Reichstagspräsident sei im Hause nicht aufzufinden. Unter dem verständnisinnigen Gelächter seiner Kumpane wollte er den Eindruck erwecken, als habe sich der Reichstagspräsident feige gedrückt. Selbstverständlich war das ein Kommunistenschwindel. Präsident Löbe hat in keinem Augenblick das Haus verlassen.

Später wurde bekannt, dass auch der Abg. Gregor Strasser, der vor einigen Tagen den anständigen Mann schauspielerte, auf Helmut Klotz eingeschlagen hat. Der beschuldigte Abg. Kraus-Ostpreussen bestreitet, sich an den Schlägen beteiligt zu haben. Ob er "unschuldig" ist, mag die Untersuchung ergeben. Die Femebestie Heines soll die Beteiligung an den viehischen Misshandlungen eingestanden haben.

Um 5 Uhr trat der Ältestenausschuss zusammen. Nationalsozialisten und Kommunisten, selbstredend auch die Deutschnationalen, verlangten den sofortigen Zusammentritt des Reichstags. Die übrigen Parteien lehnten diesen Antrag ab. In einer Stimmung, wie sie an diesem Tage herrschte, kann keine parlamentarische Versammlung von fast 600 Menschen tagen.

Es bleibt dabei, dass unsicher ist, wann der Reichstag wieder zusammentritt, Fieberstimmung herrscht in der deutschen Politik. Die allgemeine politische Krise spitzt sich zu. Explosionen, wie an diesem schwarzen Tag des deutschen Parlamentarismus sind nur Anzeichen der aufgehäuften Spannungen. Wie sie sich lösen werden, liegt im Ungewissen.

SPD. Der Auswärtige Ausschuss sollte am Donnerstag nach Schluss der Reichstagssitzung zusammentreten, um Mitteilungen des Reichskanzlers über die aussenpolitische Lage entgegenzunehmen. Da jedoch nur die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen und die Kommunisten erschienen, musste die Sitzung wegen Beschlussunfähigkeit aufgehoben werden.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Sie leben ja noch!

SPD. Im Bankauer Prozess wurde die Frau des von SA.=Leuten viehisch ermordeten Landarbeiters August Bassy vernommen. Sie hatte ohnmächtig zusehen müssen, wie vor ihren Augen ihr Mann abgeschlachtet wurde. Ihr Flehen blieben umsonst. Und nun schilderte sie vor Gericht ihre Angst und ihre Seelenpein. Nach der Ermordung ihres Mannes wollte sie aus dem Hause fliehen, da sie fürchtete, selbst ermordet zu werden. Die vor dem Hause stehenden SA.=Leute hatten sie jedoch gehindert, das Haus zu verlassen.

Bei diesen Darlegungen lachte das auf der Anklagebank sitzende entmenschte SA.=Gesindel, der Vorsitzende des Gerichts aber, der Landgerichtsdirektor Kunze, sprach hart und herzlos zu der unglücklichen Frau: Na, Sie leben ja noch.

Gegenüber diesem das Verhalten der SA. - entschuldigenden Ausspruch des Richters verblasst das Verhalten der Mörder im Gerichtssaal. Die Tat selbst wie das empörende Urteil, sie treten zurück, es bleibt nur noch die unglückliche Frau, die der Vorsitzende des Gerichts es bleibt das grausame, herzlose alles enthüllende Wort: Sie leben ja noch.

Dieser Richter ist unabhängig wie alle Richter. Er kann für seine Aeusserung nicht zur Verantwortung gezogen werden. Er wird weiter urteilen. Er kann weiter milde Urteile über nationalsozialistische Unmenschen fällen. Er kann weiter die Opfer der Unmenschen vor Gericht noch verhöhnen. Aber wer wird ihn nicht für unbefangenen halten?

Dieser Richter hätte als Vertreter der Staatsautorität die Pflicht gehabt, teilnahmsvoll und schützend vorder unglücklichen Frau zu stehen, und die ganze Strenge des Gesetzes gegen die Mörder anzuwenden. Er hat stattdessen dem Opfer einen Schlag versetzt und die Milde den Mördern gezeigt. Er hat seinen Standpunkt gewählt. Dieser Standpunkt wird geteilt von einem Teil der heutigen deutschen Richter. Nichts kann diesen Standpunkt besser kennzeichnen als das Wort: Sie leben ja noch.

Dies Wort darf nicht vergessen werden. Es wird nicht vergessen werden. Immer, wenn das Problem der politischen Justiz auf der Tagesordnung steht, wenn über die Unabhängigkeit der Richter gesprochen wird - dann wird dies Wort vor allen gerecht Denkenden stehen!

Der Landgerichtsdirektor Kunze in Oppeln wird mit diesem Wort zum Repräsentanten jener politischen Justiz, die den nationalsozialistischen Mörder mit Milde gegenübersteht, weil sie die Opfer der Mörder hasst.

Die Kulturschande.

Um den Regensburger Mediziner Dr. Dörfler hat sich eine heftige Diskussion entsponnen. Dr. Dörfler wurde öffentlich beschuldigt, einen verunglückten Jungen nicht in seine Klinik aufgenommen und nicht untersucht zu haben, weil er der Sohn des jüdischen Kaufmanns Mandelbaum war. Beheimrat Dr. Dörfler ist als Nationalsozialist bekannt. Er hat sich gegen diese Vorwürfe verteidigt und erklärt, dass sein Verhalten korrekt und wissenschaftlich streng richtig gewesen sei.

Der Verdacht aber ist entstanden, und es hat seine Gründe, dass gegen nationalsozialistische Aerzte sich derartiger Verdacht erheben kann! Nicht der Verdacht, aber die Ursache solchen Verdachts sind eine Kulturschande.

Wenn es erst einmal so weit gekommen ist, dass ganz allgemein und öffentlich die Mutmassung ausgesprochen wird, dass nationalsozialistische Aerzte Verunglückte ohne Hilfe sterben lassen, nur weil sie Juden sind, so ist dies die Folge der masslosen unmenschlichen und gewissenlosen Hetze der Nationalsozialisten. Diese Hetze und ihre Brutalität - sie sind eine Kulturschande für Deutschland!

Immer wieder Mordhetze!

Das Treiben der SA. und SS. in Danzig hat Hellmuth von Gerlach zu einem brandmarkenden Artikel veranlasst. Auf Grund dieses Artikels fällt in dem evangelischen Pastorenblatt "Der Reichsbote" ein gewisser Korodi über ihn her. Der Mann mit dem urdeutschen Namen Korodi beschimpft Gerlach als "Deutschen = hetzer" und "Verräter", er betreibt eine offenkundige Mordhetze gegen ihn:

"Wir möchten übrigens Herrn von Gerlach empfehlen, einen seiner schamlosen Hetzartikel gegen das Ostdeutschtum einmal an Ort und Stelle persönlich zu verlesen. Er würde bei dieser Gelegenheit bestimmt einen Anschauungsunterricht erhalten, der ihm vielleicht die Lust zu weiteren derartigen Dolchstössen vertreiben würde."

Das ist eine offene Aufforderung zu Gewalttätigkeiten gegen Gerlach. Dass diese Mordhetze ausgerechnet im christlichen Pastorenblatt getrieben wird, ist kennzeichnend für den Geist dieser sogenannten Christen.

Noch bezeichnender aber ist die Person des Hetzers. Dieser Walter Korodi ist einer der Leute, die das gefälschte und verlogene Material gegen das Reichsbanner zusammengestellt haben. Dieser Hetzer hat mit der Reichsbannerhetze Schiffbruch erlitten. Wir hoffen, dass auch seine Mordhetze gegen Gerlach ohne Folgen bleiben wird. Wir kennen ihn im übrigen, und wir werden ihn nicht vergessen!

Hitlers Propagandaprinzip.

Wer über den inneren Wahrheitswert der Hitlerpropaganda Bescheid wissen will, dem empfehlen wir die folgenden Sätze aus Hitlers Buch "Mein Kampf":

"Dabei verstanden die massgebenden Stellen der deutschen Regierung soviel wie nichts vom Wert und Wesen der Propaganda. Das durch kluge und dauernde Anwendung von Propaganda einem Volke selbst der Himmel als Hölle vorgemacht werden kann und umgekehrt das elendeste Leben als Paradies, wusste nur der Jude, der auch dementsprechend handelte; der Deutsche bessert seine Regierung, besass davon keine blasse Ahnung".

Aber Herr Hitler besitzt eine Ahnung davon - das ist der Sinn dieser Sätze. Nun weiss man auch, was von seiner Propaganda zu halten ist. Sie soll dem Volke das elendeste Leben als Paradies, den Himmel als Hölle vormachen! Das ist ein wertvolles Geständnis! Die Hitlerpropaganda besitzt keinerlei inneren Wahrheitswert, sie ist vielmehr bewusste, kaltblütige, dreisteste Lüge!

Die gottlosen Kirchenposaunen.

In Oelsnitz bei Chemnitz marschierte Rotsport mit einer eigenen Musikkapelle auf. Hinter der Musikkapelle wurde ein Schild getragen. "Heraus aus der Kirche". Die Kapelle aber bestand zur Hälfte aus - Bläsern des kirchlichen Posaunenchores. Sonntags spielen die wackeren Rotsportbesucher in der Kirche fromme Choräle und am anderen Tage beim Rotsportaufmarsch die Internationale. Das verträgt sich alles bei gesinnungstüchtigen Kommunisten! Hauptsache ist die grosse Posaune.

aus aller Welt

Reichstag "eingeweckt"

Im Keller der 10 000 Platten - "Phonomontagen und akustische Kulissen" - Mit dem Mikrophon durch den Alltag.

SPD. Wieder ist eine Reichstagsperiode beendet. Aber diesmal ist alles das, was an Wichtigem und Unbedeutendem, an Würdigem und an Unverschämtheiten, gesagt worden ist, nicht nur Wort für Wort in amtlichen Stenogrammen festgehalten, sondern auch Ton für Ton - auf Schallplatten. Die eigenen Drahtleitungen der Berliner Funkstunde übertrugen das akustische Bild der Sitzung ins "Haus des Rundfunks". Jede Rede, jeder Zwischenruf, jedes Klingeln der Präsidentenglocke ist aufgezeichnet. Berge von Platten sind aufgenommen worden, 17 Stück in der Stunde. Was jemals davon über einen deutschen Sender laufen wird - das entscheidet der Ältestenrat des Reichstags. Im übrigen wandert auf alle Fälle dieser konservierte, gewissermassen auf Flaschen abgezogene Reichstag, für ewige Zeit in den Keller des Berliner Funkhauses, in das riesige Plattenarchiv der Reichsrundfunkgesellschaft.

+
Verklungen für immer - das war bis vor drei Jahren das Schicksal selbst der künstlerisch höchststehenden, technisch vollendetsten Funksendung, wenn der letzte Ton den Lautsprecher verlassen hatte. Der Wunsch, wichtige und wertvolle Sendungen auf Platten zu konservieren, um sie bei Gelegenheit immer wieder vorzuführen, um späteren Geschlechtern den lebendigen akustischen Eindruck unserer Zeit überliefern zu können, war der Vater des Gedankens eines umfassenden Funkarchivs als gemeinsamer Besitz, gemeinsames Werk aller deutschen Sender.

Ständige Streitigkeiten zwischen Funkkünstlern und Funktechnikern waren der unmittelbare Anlass zur Aufnahme von Schallplatten im Senderaum: ermahnte man zum Beispiel einen Sänger, nicht mit allzu grossem Stimmaufwand ins Mikrophon zu trompeten, oder erklärte man einem Dirigenten, die besonderen Eigenheiten des Mikrophons bedingten eine Umbesetzung des Orchesters - schon gab es den schönsten Krach, denn der Künstler wollte sich vom Elektrotechniker nicht belehren lassen. So kam man auf die Idee, die Proben auf Platten aufzunehmen, um den Künstlern zu zeigen, mit welchen Mitteln die Tücken des Mikrophons zu bekämpfen sind. Aus dieser Probeeinrichtung wurde eine Tradition. Man ging daran, die Platten zu sammeln und jede besonders bedeutsame Sendung gleichzeitig auf Platten aufzunehmen. Dies geschieht heute nicht nur in Berlin, sondern in jeder deutschen Sendestation, und sämtliche aufgenommenen Platten werden als Matrizen oder in spielfertigen Exemplaren im Keller des Funkhauses, im Archiv der Reichsrundfunkgesellschaft, gesammelt.

+
Zehntausend Stück sind es heute schon; sie werden betreut, registriert und katalogisiert von Herrn Mengelberg, der uns einen Blick in seine Schätze tun liess. Die Platten sind, nach ihren Aufnahmesendern eingeteilt, in unzähligen Regalen aufgestapelt. Da sind zunächst die wichtigen aktuellen Ereignisse: grosse Feiern, wie die der Rheinlandbefreiung, Reden berühmter Staatsmänner, politische Ansprachen, Reichstags-sitzungen. Die Reden von Hindenburg, Brüning, Braun, Severing werden nicht nur hier aufbewahrt, sondern auch in Duplikaten an das Auswärtige Amt geschickt - als unwiderlegliche Dokumente insbesondere für die ausländischen Pressevertreter und Diplomaten; die Erfahrung der letzten Monate hat gezeigt, wie wichtig es ist, den zweifelhaften Wortlaut einer politischen Rede richtig zu stellen, indem man einfach die Platte abspielt. Rührend

ist es oft - so wird uns erzählt - , wie begeistert die Redner sind, wenn man ihnen hinterher ihre eigene Stimme vorspielt, und wie dringend viele um einen Plattenabzug bitten, um ihn zuhause auf dem eigenen Grammophon nochmals abspielen zu können... Dann kommen die Platten bekannter Zeitgenossen, die vor deutschen Mikrofonen standen: Albert Einstein, Thomas und Heinrich Mann, Gerhart Hauptmann, Briand (bei einer Völkerbundsrede), Laval (genau 23 Sekunden lang...), der Nobelpreisträger Sinclair Lewis und Edgar Wallace, der wenige Monate vor seinem Tod Berlin besuchte. Natürlich bewahrt man auch alle grossen musikalischen Funkereignisse auf: die Sendungen berühmter Dirigenten von Richard Strauss bis Bruno Walter, das Spiel bekannter Künstler und Orchester.

Etwa hundert Platten sind "aus der Luft aufgefangen" worden: besonders interessante Darbietungen auswärtiger Sender, die man empfangen und auf Platten aufgenommen hat: aus Buenos Aires eine Nationalfeier, ja aus Siam eine Darbietung einheimischer Volksmusik.

+

Ein besonderes Spezialgebiet des Rundfunks sind die "Phonomontagen" und die "akustischen Kulissen", die für Hörspiele gebraucht werden. Dabei müssen oft Dutzende von Klangwirkungen "gemixt" werden, bis man den erwünschten Effekt herausbekommt; etwa im "Vorspann" eines in Leipzig aufgeführten Kriegshörspiels, wo Glockenläuten, fahrende Züge, Militärmusik, schnatterndes Geflügel, Trommeln aufeinanderfolgen und, wie im Film, ineinander überblenden. Interessant ist auch eine Kölner Platte aus einem Urwald-Hörspiel; Text, Rudergeräusche, Tierstimmen, Chorgesang wurden einzeln aufgenommen und dann "überkopiert". An "echten" akustischen Kulissen ist alles Erdenkliche vorhanden: eine Aufnahme des Lärms im Bahnhof Friedrichstrasse, marschierende Reichswehr, Bergwerkssprengungen. Solche Aufnahmen werden an Ort und Stelle mit besonderen "Uebertragungswagen" gemacht, die mit allen nötigen technischen Einrichtungen, oft sogar mit Kurzwellensendern zur Uebertragung nach dem Funkhaus ausgerüstet sind. Im Hamburger Hafen werden demnächst derartige Aufnahmen für akustische Kulissen gemacht werden, und zwar vom Motorboot aus.

+

Mitten in den Alltag führen jene Platten, deren Aufnahme zufällig oder ohne Wissen der Beteiligten gelang: der "Rauschmiss" eines frechen Zwischenrufers in einer Sewering-Versammlung; eine vom Mikrophon belauschte Unterhaltung am Fahrkartenschalter eines Bahnhofs, die an natürlichem Humor manche gestellte Sendung übertrifft; zwei Strassensänger samt ihrer Ansprache an das "verehrliche Publikum", Volkslieder aus ganz Deutschland, gesungen von einfachen Menschen, die sich unbeobachtet glaubten; oder gar zwei alte Damen, die sich mit ihrem sprechenden Papagei vergnügen...

Ela.

+

+

+

Unfall-Opfer. Von den Opfern der Autokatastrophe bei Bad Berka, bei der der türkische Botschafter schwer verletzt wurde, ist die Ehefrau des Berliner türkischen Generalkonsuls Dr. Metzling ihren Verletzungen erlegen. Bei dem türkischen Botschafter ist nach ärztlicher Meinung trotz schwerer Schädelverletzungen unmittelbare Lebensgefahr nicht vorhanden.

+

+

+

Verhaftete Devisenschieber. Wegen Vergehens gegen die Devisen-Notverordnung wurden in Berlin ein Bankier und vier Börsenagenten verhaftet.

+

+

+

Tod der Lebensretter. Vor der portugiesischen Küste strandete das deutsche Motorschiff "Gauss". Bei den Rettungsarbeiten kenterten eine Barkasse und ein Rettungsboot. 8 Mann der portugiesischen Rettungskolonie ertranken; 20 wurden verletzt. Vom Ufer aus sahen viele Angehörige der ums Leben gekommenen Seeleute, zur Untätigkeit verdammt, der Katastrophe zu.

Flugzeugabsturz. In der Nähe von Zürich stürzte ein Schweizer Militärflugzeug ab. Die beiden Insassen, zwei Flugoffiziere, kamen ums Leben.

+ + +
75 000 Jahre alt. In Palästina wurden von Mitgliedern einer englisch-amerikanischen Forschungs Expedition drei etwa 75 000 Jahre alte menschliche Skelette gefunden, die eine grosse Aehnlichkeit mit dem Knochengerüst des Neandertalers aufweisen.

+ + +
"Acron" gelandet. Nach 87stündiger Sturmfahrt konnte das amerikanische Riesenluftschiff "Acron" im kalifornischen Flughafen Camp Kearney landen.

+ + +
Der Strassenkrieg... Auf einem englischen "Kongress zur Förderung der nationalen Sicherheit" erklärte der britische Minister des Innern, dass sich im Jahre 1931 in England um 20 Prozent mehr tödliche Strassenunfälle ereignet hätten als 1930. Ueberhaupt nehme die Verkehrsunsicherheit auf den englischen Strassen besorgniserregend zu; so habe die englische Nation in den letzten drei Jahren durch Verkehrsunfälle mehr Menschenleben verloren als die britische Armee in den napoletanischen Kriegen.

+ + +
Vom Schachschauplatz. Der Schachmeister Capablanca will auf der nächsten Tagung des Weltschachvereins den Vorschlag machen, die Zahl der Schachbrettfelder von 62 auf 74 zu erhöhen. Nach Capablancas Meinung ist die Theorie des Schachspiels bereits soweit fortgeschritten, dass die meisten Kombinationen bis zum fünfundzwanzigsten Zug erforscht und festgelegt sind.

+ + +
Die fleissige Leserin. Im Lesesaal der Universitätsbibliothek Cambridge entdeckte eine Studentin zwischen zwei zusammengeklebten Seiten eines botanischen Werkes ein von seinem Autor ausgestelltes Testament, durch das der fleissigen Leserin eine Erbschaft von 1000 Pfund vermacht wurde. In der Einleitung des inzwischen rechtsiwkrksam gewordenen Testaments beklagt sich der Autor des Buches darüber, dass noch niemand sein Werk ganz gelesen habe; der Fleiss, der einen Leser so weit führe, müsse belohnt werden.

+ + +
350 Jahre Prozessdauer. Dieser Tage ging in der rumänischen Stadt Fogarasch ein Prozess nach 350 Jahren Dauer zu Ende. Die Prozesskosten sind ungefähr achtzehn Mal so hoch als der Wert des Streitobjektes: ein Stück Land, um dessen Besitz sich die beiden siebenbürgischen Gemeinden Marienburg und Martinsberg nicht einigen konnten. Das jetzt gefällte Urteil sieht die Aufteilung des umstrittenen Landes zwischen beiden Ortschaften vor.

+ + +
Vorm Auge des Gesetzes... In Pariser Gerichten herrscht augenblicklich Hässe an Diebstählen. Richter und Anwälte werden ebenso oft ihrer Uhren oder Schirme beraubt wie Zeugen oder Zuschauer. Ein besonders komischer Fall ereignete sich dieser Tage: ein junger Mann betrat während einer Zivilgerichtssitzung mit einer Leiter den Saal und bat den Vorsitzenden, die Uhr von der Wand nehmen zu dürfen, da sie gereinigt werden solle. Der Richter unterbrach die Verhandlung, der Gast nahm die Uhr ab und - entfernte sich mit ihr auf Nimmerwiedersehen.

Gewerkschaftliche Rundschau *

Immer nur Nein.

SPD. Das deutsche Unternehmertum treibt eine verhängnisvolle Politik. Die Regierung ist ihm im Laufe der letzten Jahre wahrhaftig recht oft recht weit entgegengekommen, und sie tut das auch jetzt noch, wie die "Lohnan=gleichung" des Reichsarbeitsministers zur Genüge beweist. Das alles hindert aber das Unternehmertum nicht, gegenüber aber auch jeder sozialpolitischen Verbesserung, die die Regierung - der Not gehorchend - da und dort durchzuführen versucht, immer nur mit einem Nein zu antworten. Die ganze Wirtschafts- und Sozialpolitik des deutschen Unternehmertums besteht nur noch in einem einzigen Wort: Lohnabbau. Eine solche Sorte von Politik grenzt schon ans Pathologische. Zu erklären ist sie nur durch die Hitlerei, die im Unternehm=erlager sehr vielen Leuten den Kopf verdreht hat.

Da sind die Arbeitslosen. Ihre Not wächst von Tag zu Tag. Das Unterneh=ertum aber kümmert sich den Teufel um diese Not. Das ist ein starker Vor=wurf. Er ist aber nicht unberechtigt. Was tut denn das Unternehmertum zur Milderung der Arbeitslosigkeit? Antwort: nichts, gar nichts. Von den Vor=schlägen der Gewerkschaften zur Beschaffung von Arbeit will es nichts wissen. Von der Arbeitszeitverkürzung, wie sie der Reichsarbeitsminister unter dem Druck der Massennot nun endlich durchführen möchte, will es auch nichts wis=sen. Und die Prämienanleihe zur Finanzierung eines Arbeitsbeschaffungsprogramms die die Regierung auflegen will? Auch sie wird abgelehnt. Die Unternehmer=parteien: Nationalsozialisten, Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Land=volk - einschliesslich der unfreiwilligen Unternehmerpartei, genannte K.P.D. - alle Oppositionshelden haben im Reichstag gegen die Prämienanleihe gestimmt. Eine saubere Sorte von Opposition. Irgend einen vernünftigen Vorschlag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat sie bis jetzt nicht auf die Beine ge=bracht. Sie kann nur herunterreissen, ruinieren und sabotieren. Und so etwas nennt sich dann national und putscht die Arbeitslosen gegen die Regierung und gegen die Gewerkschaften auf.

Aber nicht nur in den grossen Fragen - nein, auch bei fast harmlosen sozialpolitischen Verbesserungen kommt das Unternehmertum immer nur mit Nein. Da ist jetzt der Entwurf einer Verordnung über Unfallverhütung in der Unfall=versicherung fertig gestellt worden. Was tut man im Unternehmerlager, obwohl es sich eigentlich nur um selbstverständliche Dinge handelt, die sich ohne weiteres aus der vierten Notverordnung ergeben? Man schlägt Alarm, sodass ein Uneingeweihter auf den Gedanken kommen muss, mit diesem Entwurf habe die Regierung den Gewerkschaften einen ganz grossen Gefallen getan. Und doch kann davon in Wirklichkeit gar keine Rede sein. Der Entwurf erstrebt, wie die "Gewerkschaftszeitung", das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts=bundes, in ihrer soeben erscheinenden neuen Nummer feststellt, keineswegs um=wälzende und kostspielige Neuerungen in der Unfallverhütung. Neu ist eigent=lich nur die Bildung eines Organs, d.h. eines Ausschusses, dem Vertreter der Unternehmer und Versicherten in gleicher Zahl angehören sollen, und zu denen als Vertreter des Staates ein Gewerbeaufsichtsbeamter hinzutritt. Dieses Or=gan soll künftig für die Erledigung aller Fragen der Unfallverhütung in den Berufsgenossenschaften zuständig sein.

Bisher bestand, obwohl die Reichsversicherungsordnung eine paritätische

Besetzung bei der Beschlussfassung von Unfallverhütungsvorschriften vor-
sieht, stets die Gefahr, dass die Versichertenvertreter von dem Unternehmer-
flügel überstimmt werden konnten. Bei Stimmengleichheit gab die Stimme des
Vorsitzenden - in der Mehrzahl der Fälle natürlich zu Gunsten der Unter-
nehmer - den Ausschlag. Jetzt soll dort, wo sich die Parteien nicht einigen
können, der in Arbeiterschutzfragen besonders erfahrene Gewerbeaufsichts-
beamte den Ausschlag geben.

Den Unternehmern passt es nicht, dass sich der Staat in diesen Aufgaben-
kreis einschaltet. Für sie ist der Staat nur dazu da, ihnen, wenn sie plei-
te sind, durch Subventionen oder Lohnsenkungen zu helfen. Sonst aber soll
er sie in Ruhe lassen.

Um jeden Preis versucht das Unternehmertum, wenigstens das Inkrafttreten
der Verordnung so weit wie möglich hinauszuschieben. Man will Zeit gewinnen,
weil man glaubt, in der Zwischenzeit mit Hilfe der Hitlerbewegung die Macht
völlig an sich reißen zu können.

SPD. Die landwirtschaftlichen Unternehmer sind der Meinung, dass der
Landarbeiter in den letzten Jahren recht schön verdient habe. Die Landarbei-
ter sind anderer Meinung. Nach ihrer Auffassung ist das Lohnkonto in der
Landwirtschaft durch Verkleinerung der Belegschaften stark entlastet worden.
Einen schlüssigen Beweis dafür bringt eine Erhebung, die der Deutsche Land-
arbeiterverband kürzlich im Kreis Pirna des Freistaats Sachsen durchgeführt
hat. Die Erhebung umfasst 42 landwirtschaftliche Betriebe. Gezählt wurden die
im Monat Mai der Jahre 1925 bis 1931 beschäftigten Arbeitskräfte.

Das Ergebnis der Erhebung besagt, dass sich in den Betrieben in dem an-
gegebenen Zeitraum die Belegschaftsziffer, abgesehen von den Jahren 1927 und
1928, von Jahr zu Jahr verkleinert hat, ohne dass - und das ist das Bemerkens-
werte - eine entsprechende Verkleinerung des Arbeitsanfalles, bzw. der
Betriebsgrösse eingetreten ist, ja, ohne dass die landwirtschaftlichen Unter-
nehmer des Kreises Pirna eine entsprechende Verkleinerung der Ertragsfähig-
keit ihrer Böden nachweisen können. Gegenüber dem Jahre 1925 beläuft sich die
Verringerung der Belegschaftsziffer auf 39,2, d.h. auf 30 Prozent. Legt man
pro Arbeitskraft nur einen Gesamtstundenlohn von 30 Pfennig und eine tägliche
Arbeitszeit von 10 Stunden zugrunde, dann ergibt sich die hübsche Einspa-
rung von 1176 Mark pro Tag.

SPD. Für die mechanische Tafelglasindustrie ist bei den dieser Tage statt-
gefundenen Tarifverhandlungen, in denen nicht nur zum Lohn, sondern auch zu
Manteltarif-Fragen Stellung genommen wurde, die Einführung des Vierschichten-
systems, das bereits national wie international angeregt worden war, beschlos-
sen worden. Die Arbeitszeit der Tafelglasmacher wurde damit von 56 auf 42
Stunden herabgesetzt und so den Zeitverhältnissen einigermaßen angepasst.

Ein Teil der arbeitslosen Tafelglasmacher darf jetzt aufatmen; denn es
kommen durch die Einführung des Vierschichtensystems 25 Prozent mehr Leute
wieder in die Betriebe. Der Fortschritt in der mechanischen Tafelglasindu-
strie muss nun auch für andere Branchen der Glasindustrie die Arbeitszeit-
regelung in Fluss bringen, um neue Einstellungen von Arbeitskräften zu er-
möglichen. -

Für die Löhne wurde ein Uebereinkommen getroffen, wonach aufgrund der
beiderseitig vorliegenden Anträge in den Betrieben zunächst örtliche Verhand-
lungen erfolgen. Kommt keine Einigung zustande, dann wird eine zentrale
Schlichtungsstelle entscheiden.

SPD. Die Tarifverhandlungen des Kommunalen Reichsarbeitgeberverbandes mit den Vertretern der Gemeindearbeiter und Strassenbahner, die in Eisenach stattfanden, sind aufgefliegen. Die Verhandlungen hatten den Zweck, zentrale Richtlinien für die neuen bezirklichen Lohn tariffverhandlungen zu schaffen, da die Bezirkslohntarife am 31. Mai ablaufen.

Namens der Arbeitgeber gab Polenske vom Gesamtverband einen Ueberblick über den Verlauf der nun schon durch mehrere Monate gehenden Verhandlungen auf Grund der Notverordnung vom 5. Juni v. J. Es handelt sich dabei in der Hauptsache um die Angleichung an die Löhne der Reichsarbeiter, obwohl das Arbeitsfeld und die Arbeitstätigkeit in den Gemeinden und bei den Strassenbahnen erheblich von denen der Reichsarbeiter abweichen. Ueber die Auswirkung des unerhörten Eingriffs in das Tarifrecht hat sich offenbar auch die Ministerialbürokratie kein klares Bild gemacht. Polenske erhob schwere Anklagen sowohl gegen das Reichsfinanzministerium als auch gegen den Reichsarbeitsminister Stegerwald, der seine wiederholt gegebenen Zusagen bezüglich der Abgeltung und der Angleichung nach § 7, 4 der Notverordnung nicht aufrecht erhalten habe.

Um nun eine neue Basis für Verhandlungen in den 26 Lohnbezirken zu schaffen, wurden von den Arbeitnehmervertretern Richtlinien unterbreitet, die einen weiteren Lohnabzug als untragbar erklärten und vorschlugen, u. a. wenigstens die Lohnschutzklausel (d. h. die Abgeltung des Lohnausfalls infolge verkürzter Arbeitszeit) als Ausgleich anzusehen. Ein etwa verbleibender Differenzbetrag zwischen den Löhnen der Gemeindearbeiter (Strassenbahner) und Reichsarbeiter solle als persönliche Zulage weitergezahlt werden.

Die Vertreter der Arbeitgeber bedauerten zwar die starre Haltung des Finanzministers, stellten aber Anträge auf weitere Verschlechterung der Lohnsätze, obwohl bereits zurzeit die Lohnsenkung der letzten Monate zusammen mit der Arbeitszeitverkürzung bis zu $33 \frac{1}{3}$ Prozent beträgt, also weit über das Mass dessen hinausgeht, was anderen Arbeitnehmerkategorien zugemutet worden ist.

Trotz mehrstündiger Verhandlungen konnte eine Verständigung über zentrale Richtlinien für die bezirklichen Lohn tariffverhandlungen nicht erreicht werden. Die Tagung wurde daher abgebrochen.

Da die Tarifverträge für weit über 300 000 Gemeindearbeiter und Strassenbahner am 31. Mai 1932 ablaufen, müssen nun in den nächsten Tagen in den Wirtschaftsbezirken die Verhandlungen unverzüglich aufgenommen werden. Diese Verhandlungen dürften sich aller Voraussicht nach ausserordentlich schwierig gestalten. Es sind daher grössere Arbeitskonflikte zu befürchten. Der Gesamtverband ist nicht gewillt, weitere Lohnkürzungen kampflos hinzunehmen.

SPD. In der münsterländischen Textilindustrie, die rund 50 000 Arbeiter beschäftigt, sind die Schlichtungsverhandlungen zur Neuregelung des Lohn- und Rahmentarifs aufgefliegen. Kurz bevor der Schlichter über einen vorgeschlagenen Schiedsspruch zur Abstimmung schritt, erklärten die Arbeitgeber-Besitzer der Schlichterkammer, sie hätten kein Interesse mehr an weiteren Verhandlungen. Die Arbeitgeber hatten einen Abbau von 12% und Ermässigung der Familienzulage gefordert.

SPD. Der Reichstarifvertrag für das Rauchtak- und Schnupftakgewerbe wurde bis zum 15. Juni verlängert. In der Zwischenzeit sollen die Parteien über die Neugestaltung des Tarifs verhandeln. Kommt eine Verständigung nicht zustande, dann wird das Schlichtungsverfahren, das auf Antrag der Parteien unterbrochen wurde, wieder aufgenommen.

Bis jetzt haben die Arbeitgeber es ängstlich vermieden, ihre Vorschläge mitzuteilen. Nur soviel ist zu erkennen, dass sie an die Stelle der zentralen Lohnfestsetzung örtliche oder bezirkliche Abmachungen treten lassen wollen.

Hibernia und Recklinghausen.

Abschlüsse der staatlichen Bergbaubetriebe in Westfalen.

SPD. Der preussische Staat, der seit Jahrzehnten Steinkohlenbergbau betreibt, hat seine Bergwerke in drei grossen Gesellschaften zusammengefasst. Soweit die Bergwerksbetriebe des preussischen Staates nicht in Westfalen liegen, also in der Hauptsache der Bergbau in Oberschlesien und Ibbenbüren, werden sie von der Preussag (Preussische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft) betreut. Die westfälischen Kohlenzechen verteilen sich auf die Bergwerks-Gesellschaft Hibernia und auf die Bergwerksgesellschaft Recklinghausen. Hibernia und Recklinghausen legen jetzt ihren Abschluss für das Krisenjahr 1931 vor. Beide Unternehmen sehen von einer Dividendenverteilung ab. Beim Hiberniakonzern ist, wie im Vorjahr, ein Verlust zu verzeichnen.

Beide Gesellschaften haben sich krisenfest erwiesen. Um das zu erkennen, muss man sich die katastrophale Lage im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau einmal klar machen. Die Geschäftsberichte der Hibernia und der Recklinghausen weisen darauf hin, dass man im Jahre 1932 mit der halben Absatzmenge des Jahres 1929 rechnen müsse. Demnach würde das Ruhrgebiet im Jahre 1932 etwa 60 Millionen bis 62 Millionen Tonnen Kohle absetzen. Das ist ein Tiefstand, den das Ruhrrevier seit 30 Jahren noch nicht erlebt hat. Die Lasten der Kohlenkrise werden in stärkstem Ausmass auf die Belegschaften abgewälzt. Die Hibernia z.B. weist ein Absinken der Erlöse je Tonne Nutzförderung für das Jahr 1931 im Ausmass von 11,96% nach. Die Selbstkosten wurden um 8,31% vermindert. Diese Kostensenkung ist hauptsächlich durch Lohnabbau erreicht worden. Die Materialien haben sich, wie der Hiberniabericht bemerkt und was sicherlich auffällt, nur wenig verbilligt. Man sah sich gezwungen, eine ungewöhnlich grosse Anzahl von Feierschichten einzulegen. Recklinghausen gibt die Zahl der Feierschichten je Schachtanlage für 1931 mit 67 an, Hibernia mit 50. Hibernia musste seine Belegschaft im Jahre 1931 um 2 627 Arbeiter = 20,71 Prozent, vermindern. Bei Recklinghausen stellt sich der Belegschaftsabbau auf 2 920 Arbeiter = 21,07 Prozent der Belegschaft. Das sind fürchterliche Zahlen, die einen Begriff von der Desorganisierung des rheinisch-westfälischen Bergbaus geben. Trotzdem haben die Bergbaugesellschaften des preussischen Staates den Abbau in dem Ausmass, wie er bei den privaten Zechen durchgeführt wurde, nicht mitgemacht, wie folgende Zahlenzusammenstellung beweist.

Entlassungen während des Jahres 1931 im		
<u>rheinisch-westfälischen Bergbau</u>	<u>Hibernia</u>	<u>Recklinghausen</u>
42,62%	31,95%	27,98%

Das Fürchterlichste ist, dass die Absatzverminderung und der Belegschaftsabbau weiter gehen. Beim Hiberniakonzern wurde bis zum 31. März 1932, trotz Einführung von Kurzarbeit, 980 Mann gekündigt. Recklinghausen gibt die Kündigungen für denselben Termin mit 540 an. Aus den nüchternen Zahlen der Geschäftsberichte ergibt sich eine derart katastrophale Lage, die das Eingreifen des Staates dringend erforderlich macht. Wir müssen zu einer Reorganisation unseres Steinkohlenbergbaus kommen. Das wird eine der wichtigsten Aufgaben der nächsten Zukunft sein müssen.

Bei der Hibernia stellt sich der Betriebsgewinn für 1931 auf 6,29 Millionen Mark gegenüber 5,51 Millionen Mark im Vorjahre. Die Abschreibungen er-

fordern 6,42 Millionen Mark, also rund 200 000 Mark mehr als im Jahre 1930. Der Verlustvortrag, der bereits im Vorjahre rund 470 000 Mark ausmachte, erhöht sich mit der Ertragsrechnung für 1931 auf 608 000 Mark. Recklinghausen gibt seinen Betriebsgewinn für 1931 mit 9,52 Millionen Mark an (im Vorjahre 11,13 Millionen Mark). Die Abschreibungen haben sich mit 6,95 Millionen gegenüber dem Vorjahre nicht verändert. Dem Werkerhaltungsfond sind wie im vorigen Jahre 200 000 Mark zugeführt worden. Von dem Reingewinn von rund 900 000 Mark gehen 200 000 Mark in den Reservefond und 699 000 Mark werden auf neue Rechnung vorgetragen. Die Liquidität hat sich bei beiden Gesellschaften gebessert; Verpflichtungen sind zurückgegangen, die Bankguthaben erhöhten sich. Das Bauprogramm ist bei beiden Konzernen, gerade wie bei der Preussag, beendet. In den Rückstellungen der Recklinghausen sind drei Millionen Mark für erforderliche Anlagen enthalten. Sowohl Hibernia als auch Recklinghausen sind im Laufe der Jahre in die Stickstoffproduktion eingetreten. Die Anlagen sind im Betrieb und haben den Absatz aufgenommen. Allerdings haben sich die Produktionsbestände z.B. bei der Hibernia infolge vermehrter Stickstoffbestände um 2,4 Millionen Mark erhöht. Angeblich handelt es sich dabei um eine Saisonercheinung.

Die Zahl der tödlichen Verunglückungen durch Betriebsunfälle betrug bei der Hibernia 0,19 Prozent (im Vorjahre 0,19 Prozent), bei der Recklinghausen 0,12 Prozent (im Vorjahre 0,16 Prozent).

SPD. Die industrielle Warenerzeugung in der Welt ist nach einer Aufstellung des Deutschen Konjunkturforschungsinstituts auf den Stand von 1913 zurückgeworfen. Für Deutschland insbesondere wird ein industrielles Produktionsvolumen errechnet, das etwa eben so gross ist wie die industrielle Erzeugung während des Jahres 1896/97.

Die industrielle Tätigkeit hat sich natürlich in den einzelnen Ländern verschieden entwickelt. Eine Zunahme zeigt selbstverständlich Russland, das immer noch inmitten einer grosszügigen Investierungsperiode, im Aufbau einer nationalen Industrie steckt. Seit Anfang 1931 hat sich das industrielle Produktionsvolumen Russlands um 19,8 gesteigert; gegenüber dem Jahresdurchschnitt 1929, Produktion im Jahresdurchschnitt 1929 = 100 gesetzt, um 59,7. Setzt man bei den andern Ländern die industrielle Produktion während des letzten Konjunkturhochstandes = 100, dann ergibt sich bei Grossbritannien ein Abfall um 21,5, bei Schweden um 22,6, bei Japan 18,3, bei Kanada um 39,9, bei Nordamerika um 44,4, bei Oesterreich um 42,1, bei Deutschland um 49, bei Frankreich um 30,5 und bei Polen 52,1.

Nicht so einheitlich entwickelte sich die industrielle Produktion seit Anfang 1931. Hier zeigt England eine Zunahme um 6,8 und Schweden eine Zunahme um 3,5 Prozent, Japan dagegen, Produktion 1931 immer = 100 gesetzt, eine Abnahme um 2,1, Kanada um 11,5, Nordamerika um 16,1, Oesterreich um 17,7, Deutschland um 21, Frankreich um 23 und Polen um 28,9.

Hinsichtlich des Produktionsvolumens selbst ist festzustellen, dass Russland, Produktion im Jahre 1913 = 100 gesetzt, gegenwärtig eine industrielle Tätigkeit von 251 hat, Japan von 222, Schweden von 168, Kanada von 147, Nordamerika und Frankreich von 100, England von 83, Oesterreich von 78, Deutschland von 62 und Polen von 46. Die neuen Industrieländer zeigen, verglichen mit dem Jahre 1913, eine Steigerung der industriellen Tätigkeit. Japan und Russland produzieren mehr als doppelt soviel Waren als vor dem Kriege. Die Vereinigten Staaten und Frankreich halten sich auf Vorkriegsstand. Stark ist der Abfall in England, Oesterreich, Deutschland und Polen. Insbesondere in Deutschland ist die industrielle Produktion gegenwärtig um rund 40 Jahre, auf den Stand von 1896/97 zurückgeworfen worden.

Auch in der Beteiligung an der Weltproduktion haben sich einschneidende Veränderungen vollzogen. Deutschland war im Anfang des Jahres 1932 mit 7,6 % beteiligt gegenüber 10,6 % im Jahre 1928, England mit 10 gegenüber 8,5 %, Frankreich mit 6,9 gegen 6,4 %, Oesterreich mit 0,4 gegen 0,5 %, Schweden mit 1,1 gegenüber 0,8 %, Polen mit 0,5 gegenüber 0,7 %, Russland mit 11 gegen 4,2 %, Japan mit 2,7 gegen 2,2 %, Kanada mit 1,9 gegen 2 % und Nordamerika mit 34,8 gegen 41,1 %.

SPD. Auf der Tagung der Landkreise, die am Freitag, den 13. Mai, in Weimar stattfand, wies der Präsident des Landkreistages Dr. von Stempel darauf hin, dass die Steigerung der Arbeitslosenzahl auf dem Lande viel stärker vor sich gehe als in den Grosstädten. Die Finanzlage in den Landkreisen rücke den Verfall der Kultur in drohende Nähe. Ersparungsmöglichkeiten gäbe es nicht mehr. Das Reich dürfe nicht an sich allein denken. Eine Reichsfinanzsanierung sei solange wirkungslos, als die Kommunen ihrem Schicksal selbst überlassen bleiben. Die Vertrauenskrise in der Selbstverwaltung, von der man einstmals gesprochen hat, sei längst überwunden. Die Selbstverwaltung werde, wenn nicht eine falsche Finanzpolitik ihre Existenz vernichtet, den Aufgaben der Zukunft, insbesondere der Rückwanderung der Massen aus den Städten auf das Land, gewachsen sein.

Syndikus von Hausen-Weimar betonte, dass die zunehmende Verelendung der Bevölkerung in vielen Landkreisen zur Auflösung des Staates zu führen drohe. Eine Neuregelung des Finanzausgleichs sei dringend erforderlich. Das Gutachten des früheren Staatssekretärs im Finanzministerium, Professors Dr. Popitz, weise einen Weg dazu. Die Landkreise müssten eigene Steuern erhalten und an den Staatszuschüssen und Finanzzuweisungen beteiligt werden. Die bodenständige ländliche Selbstverwaltung bilde den sichersten Schutz gegen eine drohende Auflösung des Gemeinschaftswesens, ohne das keine Kultur und kein Staat bestehen kann.

SPD. Die vom Reichsstatistischen Amt durchgeführte Erhebung über die Getreide- und Mehlvorräte bei der sogenannten zweiten Hand, also beim Handel und bei den Mühlen, zeigt vor allem eine starke Abnahme der Weizenvorräte. Sie verringerten sich von 512 000 Tonnen im Februar und 451 000 Tonnen im März auf 354 000 Tonnen im April. Wenn man das Ansteigen der unverzollten Weizenvorräte von 57 000 Tonnen im März auf 79 000 Tonnen im April berücksichtigt, dann ergibt sich ein Gesamtabgang von rund 80 000 Tonnen. Die Bewegung beweist die dringende Notwendigkeit, die Weizenversorgung durch eine weitere Zollermäßigung sicherzustellen.

SPD. Die Berliner Konsumgenossenschaft gibt ihren Umsatz für den Monat April mit 4,06 Millionen Mark an gegenüber 4,214 Millionen Mark im Monat März, der durch die Osterfeiertage begünstigt wurde. Die Sparkasse verzeichnet Einzahlungen in Höhe von 360 000 Mark. Es konnten rund 170 neue Sparkassenbücher ausgestellt werden, was die Vertrauensstärkung der Mitglieder zur Sparkasse der Berliner Konsumgenossenschaft beweist. Die Mitgliederzahl nahm um 700 zu, womit der Stand von 200500 überschritten worden ist.

Juliroggen schwächer.

(Berliner Getreidebörse vom 12. Mai.)

SPD. Die Berliner Produktenbörse stand am Donnerstag bereits unter dem Einfluss der bevorstehenden Feiertage. Es herrschte wenig Unternehmungslust; die Umsatztätigkeit hielt sich in sehr engen Grenzen. Am Promptmarkt blieb das Angebot in Weizen weiter gering, während Roggen in Kahnware etwas reichlicher zur Verfügung stand. Bei grosser Zurückhaltung der Mühlen blieben die Notierungen für beide Brotgetreidearten unverändert. Desgleichen zeigten sich am Markte der Zeitgeschäfte nur geringfügige Veränderungen. Lediglich Juliroggen ging in der Notiz um 2,-- Mark zurück, da man bei dem günstigen Saatenstand bereits mit reichlichen Zufuhren aus der neuen Ernte zu diesem Zeitpunkt rechnet. Am Mehlmarkt herrschte grösste Zurückhaltung in beiden Sorten bei unveränderten Mühlenforderungen. Für Hafer war das Angebot klein; jedoch hielt sich auch die Nachfrage in engen Grenzen, sodass die Preislage unverändert blieb.

	<u>11. Mai</u>	<u>12. Mai</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	273 - 275	273 - 275
Roggen	206 - 208	206 - 208
Braugerste	186 - 193	186 - 193
Futter- und Industrierogerste	178 - 185	178 - 185
Hafer	164 - 169	164 - 169
Weizenmehl	33,00-36,50	33,00-36,50
Roggenmehl	25,80-27,75	25,80-27,75
Weizenkleie	11,60-11,90	11,60-11,90
Roggenkleie	9,75-10,25	9,75-10,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 286 (Vortag 286), Juli 283 (282½), September 225½-225 (225). Roggen Mai 198½-198¼ (198¼), Juli 194½-194 (196¼), September 182½-182¼ (183). Hafer Mai 173½ (173¼), Juli 177½ (178), September 153½ und Brief.

Amtliche Eiernotierungen.

SPD. Preisnotierungen für Eier. Festgestellt von der amtlichen Berliner Eiernotierungskommission am 12. Mai. A. Deutsche Eier: Trinkeier, vollfrische, gestempelte über 65 gr 7,50, über 60 gr 6,75, über 53 gr 6,25, über 48 gr 5,75; frische Eier über 60 g 6,50, über 53 g 6; aussortierte kleine und Schmutzeier 5. B. Auslandseier: Dänen 18er 7, 17er 6,50, 15½-16er 6, leichtere 5,50; Holländer 68 g 7,25, 60-62 g 6,25, 57-58 g 6, leichtere 5,50; Bulgaren 5,50; Rumänen 5,25 - 5,75; Ungarn und Jugoslawen 5,50; Russen normale 5,25; kleine, Mittel- und Schmutzeier 4,50 = 4,75. Die Preise verstehen sich in Rpf je Stück im Verkehr zwischen Ladungsbeziehern und Eiergrosshändlern ab Waggon oder Lager Berlin nach Berliner Usancen. Witterung: veränderlich. Tendenz: behauptet.

Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreis vom 12. Mai. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 113, II. 106, abfallende Sorten 96 RM je 50 kg. Tendenz: stetig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 36.

Berlin, den 12. Mai 1932.

Wahre Gleichberechtigung.^x

SPD. Bisher waren wir der Meinung, dass es nur eine Partei gibt in Deutschland, die seit langem in ihrem Programm das allgemeine, gleiche, geheime, direkte Stimmrecht forderte für Männer und Frauen, nämlich die sozialdemokratische Partei. Es war der Jude Karl Marx, der im "Kommunistischen Manifest" auf die entwürdigende Stellung der Frau als blosses Produktionsinstrument in der bürgerlichen Gesellschaft hinwies. Folgerichtig verwirklichte die sozialdemokratische Partei ihre Forderung, als sie am 9. November 1918 vorübergehend allein die Macht in Deutschland hatte. Auf die Verwirklichung der Verleihung des Stimmrechts durch eine der bürgerlichen Parteien hätten die deutschen Frauen noch lange warten können. Das Stimmrecht bedeutete die politische Gleichberechtigung der Frauen. In der sozialdemokratischen Partei sind Männer aller Konfessionen, aller Rassen, aller Berufe zu finden. Sie haben sich alle einmütig eingesetzt für die Gleichberechtigung der Frauen.

Nun aber erfahren wir, dass diese Gleichberechtigung der Frauen von ganz anderer Seite gefordert und vertreten wird. Es ist kein Geringerer als der seit dem Kriege hinlänglich bekannte General Ludendorff, der am Ausgange des Krieges seine Nerven verlor, Waffenstillstand unter jeder Bedingung forderte und seine eigene teure Person in Sicherheit zu bringen verstand, indem er sich durch eine blaue Brille unkenntlich machte. Dieser General hat jetzt sein Herz für die Frauen entdeckt. Nicht nur für seine eigene, die früher als Ärztin einige wertvolle Bücher geschrieben hat über die Psychologie des weiblichen Geschlechts. Ob unter ihrem Einfluss Ludendorff sich plötzlich so stark für die Gleichberechtigung der Frauen einsetzt?

Ludendorffs ganzer Einstellung gemäss ist die Frage der Gleichberechtigung der Frau für ihn eine Rassenfrage. Nach ihm war die Deutsche Frau (das Wort "Deutsch" wird von ihm immer mit grossem Anfangsbuchstaben geschrieben) von jeher gleichberechtigt. Daher war sie es, die die Juden wie die katholische Kirche am meisten fürchteten. Nun wissen wir von der deutschen Frau aus den Zeiten des Beginns der Kämpfe mit Rom in der Hauptsache aus den Berichten des Tacitus. Dieser römische Geschichtsschreiber stellte die deutsche Frau als Muster der Weiblichkeit hin gegenüber der römischen Frau. Diese hatte damals schon eine Reihe öffentlicher Rechte, Verwaltung ihres Vermögens, Verteidigung vor Gericht u. a. Die deutsche Frau lebte nach Tacitus ihrer Familie, hatte viele Kinder, war ihrem Gatten treu. Untreue der Frau wurde bei den Germanen schwer bestraft. Von einer Bestrafung des untreuen Gatten ist nirgend die Rede. Es gab also keineswegs wirkliche Gleichberechtigung. Auch bei der Arbeitsteilung ist keine Rede von Gleichberechtigung. Wenn der Mann heimkam von Kampf und Jagd, legte er sich auf die Bärenhaut. Aufgabe der Frau war es, ihn zu bedienen und für seine Bequemlichkeit zu sorgen.

Erst die christliche Lehre als Fortsetzung der jüdischen wies nach Ludendorff der Frau eine Stellung in Familie und Volk zu, die ihrer unwürdig war. Der deutsche Mann, unritterlich, wie er demnach veranlagt sein muss, empfand diese Knebelung und Entmündigung als bequem. Als dann in der Deutschen Frau das Bewusstsein des Unwürdigen ihrer Stellung erwachte, entstand die Freiheitsbewegung der Deutschen Frau, die aber misslingen musste, da sie ohne Rasseerkenntnis geführt wurde. Dass eine Reihe jüdischer Frauen in dieser Freiheitsbewegung mitgekämpft haben, will Ludendorff nicht wissen. Ebenso-

wenig denkt er an den Kampf der sozialdemokratischen Partei für die Freiheit der Frau. Dass die deutsche Frau stolz ist auf ihre Wahlberechtigung, ist für Ludendorff eine "Nichtigkeit".

Wir wissen auch, dass das Stimmrecht als solches noch nicht die wahre Freiheit bedeutet, aber es ist der Weg, der dazu führt. Für Ludendorff ist der Weg "die Deutsche Gotteserkenntnis" anstelle der jüdisch-christlichen Lehre. Er meint, ohne Beseitigung dieser Lehre erhalte die Deutsche Frau kein Recht. Er sagt aber nicht, welche Rechte die Deutsche Gotteserkenntnis der Frau geben, und wie sie dadurch frei werden soll. Es genügt nicht, wie Ludendorff es tut, eine Reihe von Bibelstellen anzuführen, in denen die Minderwertigkeit der Frau festgestellt wird. Wichtiger wäre es, nun wirklich klare Programmpunkte der Deutschen Gotteserkenntnis mitgeteilt zu bekommen. Programmpunkte, die so klar sind, wie die der Sozialdemokratischen Partei in bezug auf die politische Gleichberechtigung. An der Aufstellung dieser Forderung haben Christen wie Juden mitgearbeitet. Ihre Erfüllung erscheint uns denn doch wichtiger als Ludendorffs "Deutsche Gotteserkenntnis". Er spricht wohl von der Gleichberechtigung, aber Wesensverschiedenheit der Geschlechter in seinen "Kampfzielen". Das haben aber schon viele andere vor ihm getan. Damit ist er weder neu noch originell. Dagegen ist der Weg zur Deutschen Gotteserkenntnis immerhin neu. Er führt nach Ludendorff von Luther über Lessing, Kant, Schiller, Nietzsche, Dühring direkt hin zu Mathilde Ludendorff. Wenn das nicht Gleichberechtigung ist!!!

Anna Bloss.

Volkskunst, Hausfleiss und Handwerk.^x

SPD. Was haben Sitte und Brauch, was hat die Volkskunde dem modernen Menschen zu sagen? Welche Bedeutung hat die Volkskunst, die tief in diesem Boden verwurzelt ist, die ihre Kräfte aus Ueberlieferung und Gewordenem schöpft? Vor einem Jahrzehnt noch wurden diese Fragen von einer erdrückenden Mehrheit abgelehnt. Nur ein kleiner Teil besonders vorgebildeter Wissenschaftler, ein Rest von Künstlern, die gleichzeitig stark volkskundlich interessiert waren oder sich zur Volkskunst zugehörig fühlten in ihrem Schaffen, und wenige andere wiesen trotz des Maschinenzeitalters, trotz Normung und Typisierung unermüdet auf diesen Mutterboden aller Geistes- und Gesellschaftskultur hin. Heute aber hat sich die Lage grundlegend geändert. Die immer stärker anschwellende Arbeitslosigkeit, das Brachliegen wertvoller Menschenkraft hat langsam einen Frontwechsel herbeigeführt. Die Ueberbewertung der Maschine ist einer immer stärkeren Wertschätzung der Handarbeit gewichen. Der Mensch revoltiert gegen die Maschine, die ihn zu unfreiwilliger Freizeit verurteilt und betont immer stärker, immer nachdrücklicher sein Recht auf Arbeit. Und es revoltieren alle Kräfte, die durch Maschine und durch Fabrikarbeit, durch Dutzendware und billige Serienarbeit unterdrückt und niedergehalten wurden: Phantasie, eigene Gestaltungskraft, schöpferischer Wille der Hand. Das Pendel schwingt weit ausladend nach der anderen Seite hinüber.

Die in diesen Tagen bei Wertheim in Berlin eröffnete grosse Ausstellung "Volkskunst, Hausfleiss und Handwerk" gibt einen tiefen Einblick in handwerkliches und künstlerisches Schaffen unsrer Zeit, das auf dem Boden der Volkskunst gedeiht. Unter einem wundervoll geschmückten, riesigen Maibaum, der im Grössen, mit den Wappen des Deutschen Reiches und der Länder geschmückten Festsaal steht, sind unzählige wertvolle Erzeugnisse aus allen deutschen Landschaften ausgebreitet, und um diesen Mittelpunkt gruppieren sich weite Räumlichkeiten, in denen Holzarbeiten und Korbflechterei, Keramik und Webwaren, Glasbläserei- und Metallarbeiten und Elfenbeinschnitzerei, Lederverarbeitung und Wachszieherei in reicher Auswahl vertreten sind. Wir wandern im

Geiste in die kleinen Dörfer der Rhön, in den Bayrischen Wald, dorthin, wo heute noch fleissige Arbeiter sich mit dem einfachen Schnitzmesser ihr kümmerliches Brot erarbeiten. Tagaus, tagein schnitzen sie ihre Holzwaren für Küche und Haushalt, Holzlöffel, Quirle, Aufschneidebretter in einfachen, zweckmässigen Formen. Hölzernes Spielzeug, bunt bemalt, oft wundervoll phantasiereich und dem kindlichen Empfinden nahestehend, kunstvolle Drechslerarbeit, polierte, zartbraun schimmernde Möbel, Musikinstrumente: Alles Handarbeit, alles bodenständige, alteingewurzelte Kunst, die zu bewundern das Auge nicht müde wird. Daneben zeigt die Korbflechterei eine reiche Schau, einfache Weidenkörbe, kleine und grosse Taschen aus Stroh, Binsenkörbe und endlich wundervolle Feinarbeiten aus Bast oder aus gespaltener Weide, Korbmöbel in allen Grössen und Formen. Grösstes Interesse aller Hausfrauen findet die Töpferausstellung, die eine Fülle von Arbeiten aus allen deutschen Landschaften enthält. Für wenige Pfennige ist ein hübsch bemalter Topf, eine kleine Vase, ein Krug zu bekommen, und von dieser Kaufmöglichkeit wird hier wie in den anderen Abteilungen reicher Gebrauch gemacht. Fast unerschöpflich ist die Auswahl auf dem Gebiete der Textilwaren. Teppiche und Kleider, Vorhänge, Vorlagen, Wandbespannungen, Stickerei und Strickerei sind vertreten. Daran eng anschliessend ist eine Schau alter Trachten in ganz hervorragend schöner und charakteristischer Auswahl.

Bemerkenswert an dieser Ausstellung ist es, dass hier nicht etwa die Vergangenheit nachgeahmt oder künstlich zu neuem Leben erweckt wird, sondern dass sich Vergangenheit und Gegenwart, Tradition und unmittelbar gegenständliches Schaffen völlig durchdringen. Man erlebt hier das Werden jedes dieser grossen Handwerksgebiete am praktischen Beispiel: Hier sitzt ein Holzschnitzer und verwandelt ein ungefügtes Stück Rohholz in eine zarte Schale; dort spinnen Frauen aus der Niederlausitz am alten Spinnrad. Ein Korbflechter vollendet eben gerade einen prächtigen Korb; ein Töpfer formt auf seiner Töpferscheibe eine kunstvolle Tonvase. Sogar der Werdegang der Goethevase der Preussischen Staatlichen Porzellanmanufaktur, die ebenfalls hier für einen verhältnismässig billigen Preis zu haben ist, wird an einer Reihe von Arbeiten deutlich. In der Textilwarenausstellung sitzen Frauen und Männer an Webstühlen und Webrahmen und lassen die Besucher teilnehmen an ihrer Tagesarbeit.

Vieles ist nur aus Landschaft und Volkstum, aus Kultur und sozialer Lage der betreffenden Gegend heraus wirklich zu verstehen, vor allem Erzeugnisse der Vergangenheit. So spiegelt der sogenannte Kammerwagen vom Jahre 1785, der das Brautgut ins Haus des Bräutigams überführte, die ganze bäuerliche Kultur wider, wie sie zum Teil heute noch in Bayern und Tirol besteht. Der enge Zusammenhang zwischen Gefühlswerten, ererbter Frömmigkeit und nüchternem, zweckmässigem Handeln findet hier, in blumengeschmückten, sinnig verzierten Möbeln und Heiligenbildern, in Blumen und naturfrohen Farben, im vollgefüllten Linienschrank, dem Brautbett und der fürsorglich mitgegebenen Wiege seinen Ausdruck.

Ein Sondergebiet ist die auf religiösem Boden erwachsene Volkskunst, die auf der Ausstellung in ihrer Entwicklung von naivster Gläubigkeit bis zur tiefen Problematik der Gegenwart vertreten ist. Arbeiten von bayrischen und österreichischen Wachsziehern, kleine Wachsäpfel und -birnen zum Öffnen (im Innern befindet sich die Heilige Familie), kunstvolle Kerzen und endlich hochinteressante Wachsabgüsse aus Jahrhunderte alten Holzmodellen zeigen eine solche Linie auf.

Daneben aber ist auch sehr viel modernes Gebrauchsgut vorhanden, das von technischem Denken geformt und vom Willen zur Zweckmässigkeit und Sachlichkeit durchdrungen ist. Praktisches, hervorragend gearbeitetes Schuhwerk, sehr gute, haltbare Stoffe, moderner, preiswerter Schmuck (zumal aus dem Halbedelsteingewerbe im Nahetal), einfache Möbel, Küchen- und Haushaltsgerät.

Und doch müssen wir als Sozialisten dieser Ausstellung, so reichhaltig sie ist und so viel Fleiss und Können auch von der Deutschen Volkskunstkom-

mission, dem Deutschen Verein für ländliche Wohlfahrtspflege und dem Reichsverband landwirtschaftlicher Hausfrauenvereine darauf verwandt wurde, etwas hinzufügen. Wenn der Mensch wirklich wieder den Vorrang haben soll vor der Maschine, dann dürfen auch über dieser Volkskunst die unbekanntesten Künstler, die oft arme, in jämmerlichen Verhältnissen lebende Heimarbeiter sind, nicht ganz hinter ihren Erzeugnissen zurücktreten. Die Käufer und Käuferinnen wie die Besucher müssen wenigstens eine Ahnung davon bekommen, unter welchen Lohnverhältnissen und Arbeitsbedingungen unzählige Arbeiter, Handwerker und Künstler ihr Werk geschaffen haben. Diese Ausstellung breitet nur das Gewordene aus wie es fertig aus der Werkstatt hervorging. Das Werden wird nur in den einzelnen Arbeitsvorgängen der Industriezweige gezeigt, aber kein Wort, nicht einmal eine Andeutung spricht von der sozialen und wirtschaftlichen Lage derer, die diese Ausstellung durch ihrer Hände Arbeit erst ermöglicht haben.

E.M.

.....Verkäuferin namens Irma H.^x

SPD. Morgennebel. Blendlaterne. Dämmerung vom Osten her. Der Streckenwärter schlurft über die Geleise. Alles in Ordnung? Sein Fuss stösst an einen weichen Gegenstand. Verdammt nochmal, das ist doch ein Mensch! Der Streckenwärter tut seine Pflicht. Signalisiert. Flucht. Grauen steigt hoch. Das sind zwei Menschen, ein Mädchen und ein Mann. Elende Schweinerei, die ihm da passiert ist - der Streckenwärter versieht seinen vorgeschriebenen Dienst; die Leichen werden entfernt; das Polizeipräsidium kümmert sich um sie und schiebt sie ab. Klarer Fall. Interessiert uns nicht. Man mordet sich seit Menschenbeginn vorwiegend aus zwei Gründen: aus finanziellen und biologischen. Weil man kein Geld hat oder keine Liebe. Es gibt zwar Verwicklungen und Komplikationen; Kriminalkommissare und Leichenschauhäuser sind gleichermaßen bemüht, das gelegentliche Dunkel zu lichten - Irma H. hatte es der Nachwelt leicht gemacht. Sie nahm ihren Freund und legte sich mit ihm auf die Schienen. Irma H. war Verkäuferin in einem Warenhaus. Entlassungsgefahr? "Keine Spur", verwahrt sich der Herr Personalchef gegen den Mordverdacht. Was also sonst?

Ein Schicksal ist abgeschlossen. Eine Welt versunken. Der Tod der Irma H. ist keine Sensation. Wer ist denn das, eine Verkäuferin? Das sind drei Zeilen Lokalnotiz unter der Überschrift: "Tragischer Selbstmord...Man nimmt an, dass die Tat aus Liebeskummer geschah..." Wenn es sich noch um einen Finanzmagnaten handelte, um einen Politiker von Rang und Ambition, um eine Filmdiva mit der höchsten Gage des Kontinents...!

Eine Verkäuferin namens Irma H. Was fällt diesem von allen guten Geistern verlassenen Zeitungsredakteur eigentlich ein? Will einem der Mann das Frühstück verderben? Hat auf den Schienen gelegen, Beine vom Rumpfe getrennt? Und wenn schon! Haben Sie gelesen, dass man sich in Sportkreisen Sorgen darüber macht, wer die Olympiade finanziert, dass die Eiskunstläuferin Sonja Henie zwanzig geworden ist, dass der Reichsinnenminister plant...?

Eine Verkäuferin namens Irma H.? Machen Sie sich nicht lächerlich, Mensch, das haben drei Zeilen Lokalnotiz zu sein. Um noch einmal auf die entzückende kleine Sonja zurückzukommen: haben Sie den Bericht von ihrer Geburtstagsfeier gelesen? Haben Sie das Bild gesehen: die lächelnde Künstlerin und im Hintergrunde in Zuckerguss die Eisfläche von Lake Placid? Man sollte den verstümmelten Körper Ihrer Verkäuferin photographieren, meinen Sie, und in die Zeitung bringen? Sind Sie verrückt geworden? Drei Zeilen, sage ich Ihnen, sind noch zuviel...

So und ähnlich ging man über den Tod der Irma H. zur Tagesordnung über. Eine Verkäuferin ist ein sehr schnell ersetzbarer, ohnehin ja toter Gegenstand. Wenn ein Warenhaus aber auch keine Trauergemeinde ist, so liefen nach

dem Doppelselbstmorde doch die verschiedensten unkontrollierbaren Gerüchte von Abteilung zu Abteilung, vom Verkaufsstand zur Warenausgabe, vom Beschwerde bureau zur Kasse. Wer sie ausgestreut hatte? Der in Frage kommende, in das Gerücht verstrickte Herr Personalchef konnte nicht verhindern, dass ihm von Zeit zu Zeit Schweisstropfen auf der Stirne standen. Eine Verkäuferin namens Irma H.... - wer konnte das ahnen? Soll einen Freund gehabt haben, der die Schmach nicht zu verwinden vermochte, dass Irma mit jenem gebieterischen Herrn der über Sein und Nichtsein einer kleinen Verkäuferin zu bestimmen hatte, eine Nacht zusammen gewesen war? Machen Sie keine romantischen Witze; so etwas existiert doch heute nicht mehr.

Eine Verkäuferin namens Irma H... - Einer hatte die drei Zeilen Lokalnotiz ausgeschnitten und auf das Pult des Herrn Personalchefs gelegt. Den Liebeskummer hatte der anonyme Ankläger dreimal rot unterstrichen. Der Herr Personalchef zuckte einen Augenblick zusammen und nahm an diesem Tage rigorose Entlassungen vor. Hiernach fühlte er sich urlaubsberechtigt und fuhr mit dem D-Zug in den Süden. Als die Räder über die Geleise knirschten, auf denen der Freund der Irma H. und sie selbst den Tod gefunden hatten, wurde der Herr Erholungsreisende leicht nervös. Er ging ans Fenster und sah hinaus. Ein Streckenwärter schlurfte vorbei. Blendlaterne. Morgennebel. Altes, verfallenes, unausgeschlafenes Gesicht. Der Mann sah aus, als habe er schon vieles gesehen. Den Herrn Erholungsreisenden störte dies. Es erinnerte ihn an eine Verkäuferin namens Irma H. Unwirsch schloss er das Fenster und nahm die Zeitung vor.

Maria Gleit.

Die lebende Tote.^x

SPD. Die nachfolgende Schilderung ist die wortgetreue Uebertragung eines ganz ernsthaften Lokalberichtes aus der sowjetrussischen Tagespresse.

Die in der Grossen Afanassjewstrasse No.30 wohnhafte Bürgerin Claudia Dimitrijewna Woronowa hatte sich in irgend einer Angelegenheit zum Hausverwalter begeben. Zu ihrem nicht geringen Erstaunen erfuhr sie da: "sie wohnt nicht mehr in ihrer Wohnung, ist irgendwohin verzogen und erhält nicht mehr das Lebensmittelbüchlein, weil ihre neue Adresse unbekannt ist." Statt aller Antwort auf ihren Protest holte der Vorsitzende des Hauskomitees Prokowjeff das Hausbuch und schlug die Seite auf, wo geschrieben stand: die Bürgerin Woronowa ist nach der Grossen Afanassjewstrasse No.30, Wohnung 9, verzogen." Also in eben die Wohnung, aus der sie nach dem massgebenden Zeugnis desselben Buches fortgezogen ist.

"Das ist ja der reinste Unsinn", rief Claudia Dimitrijewna. "Das ist augenscheinlich versehentlich da hingeschrieben worden. Wenn ich von der Grossen Afanassjewstrasse No.30, Wohnung 9, verzogen bin nach der Grossen Afanassjewstrasse 30, Wohnung 9, so geht daraus klar hervor, dass ich in der Grossen Afanassjewstrasse 30, Wohnung 9, noch wohne."

"Tja", fuchtelte Prokowjeff mit den Armen, "ich allerdings weiss, dass Sie hier wohnen. Da aber in dem offiziellen Dokument geschrieben steht, Sie seien verzogen, so sind Sie eben verzogen."

Wie sie steht und geht, läuft die Claudia Dimitrijewna aus dem Hauskomiteeschnurstracks ins Auskunftsbüro auf dem Arbat-Platze, um ihre Adresse um Adressbuch ausfindig zu machen. Da erlebt die Claudia Dimitrijewna etwas Ungeheuerliches, das wohl durch ein Registraturversehen bewirkt worden ist: der Adressbuch bestätigt unwiderruflich, dass sie auf der Sadowo-Samototschnaja No.3

gewohnt habe und wegen Todes unbekannt wohin verzogen sei. Wenn es aber dem Büro nicht bekannt ist, wohin man von Todes wegen verzieht, so weiss es doch von ungefähr die Woronowa. "Aber ich bin doch gar nicht gestorben," schreit sie. "Ich habe auch niemals auf der Sadowo-Samototschnaja gewohnt und bin überhaupt nicht verzogen."

"Sie sind gestorben", hält das Auskunftsbüro seine Behauptung aufrecht. "Sie haben auf der Sadowo-Samototschnaja gewohnt und sind verzogen, unbekannt wohin."

Welches Ende diese seltsame Angelegenheit genommen hat, berichtet die "Wetschernaja Moskwa" nicht. Ob man auf die Feststellung des Hausbuches hin die Woronowa ausgesiedelt oder sie in Anlehnung an die Auskunft des Adresstisches auf den Friedhof geschafft hat, bleibt unbekannt.

Der gottlos kurze Rock.^x

SPD. Beim Jubiläum der Erzdiözese Freiburg (i.Br.) im Sommer 1927 wurde grosser kirchlicher und weltlicher Pomp entfaltet. Dabei gab's natürlich auch ein Festessen, an dem u.a. der päpstliche Nuntius Pacelli, Staatspräsident Trunk, der Erzbischof von Freiburg, eine Anzahl Bischöfe, Aebte und viele hohe Geistliche teilnahmen. Aber auch zwei Damen waren dabei: die Gattin des badischen Staatspräsidenten und die Gattin des Freiburger Oberbürgermeisters. Weil's aber heute ohne Photographie nun einmal nicht geht, so wurde zum Schluss die ganze Gesellschaft geknipst. Aber, o Schreck! Als am andern Tage die Photo-Postkarten verkauft wurden, da war man bass erstaunt, zwei Damen in modernster Gesellschaftstoilette inmitten der hohen kirchlichen Würdenträger sitzen zu setzen. Was aber das erschrecklichste war: Die Frau Staatspräsident trug ein Röckchen, das nur knapp bis an die Kniee reichte! Was war zu tun? Vor kurzem hatte der Erzbischof erst in einem Hirtenbriefe gar eifervoll gegen die kurzen Röcke gewettert, und nun werden auf allen Strassen Freiburgs Bilder an die Gläubigen verkauft, die seine Eminenz dicht neben der so gottlos kurzberockten badischen Landesmutter zeigen.

Doch die Kirche wusste sich zu helfen. Ueber Nacht verschwanden die "an-stössigen" Photo-Karten, und als sie am übernächsten Morgen wieder erschienen, war ein Wunder geschehen. Der Rock der Frau Staatspräsident reichte nun fast bis an die Knöchel herunter. Durch geschickte Retouche hatte der Photograph das Ansehen der geistlichen Oberhirten und das Seelenheil ihrer frommen Schäf-lein gerettet.

SPD. Das vierte Kind.^x Im Reichstag debattierte man über eine soziale Unterstützungsmassnahme. Frau Abgeordnete Teusch vom Zentrum plädierte für Ausdehnung der Unterstützungssätze. Bisher sei bei der Unterstützung im günstigsten Falle noch das dritte Kind berücksichtigt worden; es sei aber notwendig, auch das vierte Kind einzubeziehen. Reichsfinanzminister Reinhold widersprach zunächst dieser weiteren Mehrbelastung. Als sich aber Frau Abgeordnete Teusch von ihrer Forderung nicht abbringen liess, erklärte schliesslich der Reichsfinanzminister resigniert: "Dann will ich in Gottes Namen auch noch das vierte Kind der Frau Abgeordneten Teusch schlucken!"

Deutscher Reichstag

64. Sitzung vom 12. Mai, 10 Uhr

SPD. Auf der Tagesordnung steht zunächst die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die Rechtstellung der weiblichen Beamten. Das Gesetz ändert die bisherigen Bestimmungen dahin, dass verheiratete weibliche Reichsbeamten von der vorgesetzten Dienstbehörde entlassen werden können, wenn das Ausscheiden aus dienstlichen Gründen erforderlich ist und wenn die wirtschaftliche Versorgung des weiblichen Beamten nach der Höhe des Familieneinkommens dauernd gesichert erscheint. Die auf Grund des Gesetzes ausscheidenden weiblichen Beamten erhalten Abfindungen, durch die die Versorgungsbezüge abgegolten werden.

Abg. Dr. Völter (Soz.) erklärt, seine Freunde könnten dem Gesetz nur darum zustimmen, weil es im Ausschuss verbessert worden sei und weil die Verwaltung im Ausschuss Zusagen für eine soziale Handhabung der Bestimmungen gegeben habe.

Abg. Frau Dr. Bäumer (Staatspt.) tritt der Meinung entgegen, als sei jede verheiratete Beamtin ohne weiteres als Doppelverdienerin zu betrachten. In vielen Fällen sei die Verehelichung nur dadurch möglich geworden, dass beide Gatten ein Einkommen haben. Die Staatspartei könne dieser Vorlage nur deshalb zustimmen, weil sonst die Gefahr bestehe, dass weibliche Beamte überhaupt nicht mehr zur unkündbaren Anstellung gebracht werden.

Abg. Frau Reese (Komm.) bekämpft die Vorlage, weil darin die in der Verfassung gewährleistete Gleichberechtigung der Frauen beseitigt werde. Wenn man gegen die Doppelverdiener vorgehen wolle, dann sollten die hohen Pensionen der Generale mit hohem Einkommen gestrichen werden.

Abg. Frau Dr. Weber (Ztr.) stellt sich auf den Standpunkt, dass es am besten wäre, wenn die Frauen nicht ins Erwerbsleben hineingestossen werden, sondern sich der Familie widmen können. Nicht das Doppelverdienerum, sondern der für das Familienleben nicht erspriessliche Doppelberuf habe das Zentrum zur Einbringung der Vorlage veranlasst. Schwierigkeiten und Härten müssten natürlich bei der Durchführung des Gesetzes vermieden werden.

Abg. Frau Eitner (Chr. Soz. Volksdienst) stimmt der Vorlage zu. Die Gleichberechtigung der Frau solle nicht angetastet werden, aber hier handle es sich um eine Notmassnahme.

Abg. Frau Lehmann (Dn.) begrüsst das Gesetz. Die Frau und Mutter, die nicht durch zwingende wirtschaftliche Not zur Berufstätigkeit genötigt wird, müsse ihre ganze Kraft der Familie widmen.

Damit schliesst die Aussprache. Das Gesetz wird in zweiter und gleich darauf auch in dritter Beratung mit 460 gegen 73 Stimmen der Kommunisten, also mit der für verfassungsändernde Gesetze erforderlichen qualifizierten Mehrheit bei 13 Enthaltungen angenommen.

Nunmehr folgen die Abstimmungen über das Schuldentilgungsgesetz. § 8, der die Sparprämien-Anleihe-Ermächtigung für die Arbeitsbeschaffung enthält, wird in monatlicher Abstimmung mit 283 gegen 256 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. In der namentlichen Schlussabstimmung wird das Schuldentilgungsgesetz mit 287 gegen 260 Stimmen endgültig angenommen.

Präsident Löbe: Mir wird mitgeteilt, dass ein Journalist im Reichstag tätlich angegriffen worden ist. (Zuruf der Nat. Soz.) Ich habe Anweisung gegeben, dass die Täter, gleichgültig, ob es sich um Abgeordnete handelt oder nicht, durch die Kriminalpolizei ermittelt werden.

Nach dieser Mitteilung kommt es zu lärmenden Auseinandersetzungen zwischen Nationalsozialisten und Sozialdemokraten. Präsident Löbe unterbricht die Sitzung für eine halbe Stunde.

Während der Sitzungspause wird der überfallene Kapitänleutnant a. D. Klotz in den Saal geführt. Er stellt den nationalsozialistischen Abg. Heines als den ersten Angreifer fest. In dichten Gruppen stehen die Abgeordneten zusam-

men und erörtern erregt den Fall. Man hört den Abg. Dr. Goebbels (Nat. Soz.) rufen: "Kommt das Schwein hierher und provoziert!"

Nach fast einstündiger Pause wird die Sitzung wieder eröffnet.

Präsident Löbe: Die bedauerlichen Vorgänge, die zur Unterbrechung der Sitzung führten, sind Gegenstand polizeilicher Untersuchungen. Die an den Vorfällen Beteiligten werden im Hause vernommen. Der Tatbestand wird zur Einleitung weiterer Schritte festgestellt. (Rufe b. d. Komm.: "Weiter nichts?")

Vor der nun folgenden Abstimmung über die Misstrauensanträge erklärt Abg. Dr. Dingeldey (D. Vp.): Meine Fraktion wird dem generellen Misstrauensvotum gegen die Reichsregierung ihre Zustimmung geben, wie sie das schon früher getan hat. In Konsequenz dieser Haltung werden wir auch den Misstrauensanträgen gegen einzelne Minister zustimmen. Wir werden aber nicht dem Misstrauensvotum zustimmen, das sich gegen den Aussenminister im besonderen richtet, weil daraus der falsche Schluss gezogen werden könnte, als ständen wir nicht hinter den aussenpolitischen Forderungen der Regierung.

Der Antrag auf Aufhebung der SA. und SS. stimmen wir zu. Wird er angenommen, so stimmen wir gegen die Auflösung des "Reichsbanners".

Abg. Dr. Breitscheid: (Soz.) Wir lehnen das generelle Misstrauensvotum und die Misstrauensanträge gegen einzelne Mitglieder ab. Wir tun das (Rufe rechts: "aus Angst!"), weil wir nicht durch den Sturz der Regierung einer Partei den Weg zur Macht öffnen wollen, die politisch und moralisch nicht die Voraussetzungen dafür erfüllt.

Hierauf werden die Misstrauensanträge der Nationalsozialisten, Deutschenationalen und Kommunisten gegen das Gesamtkabinett gemeinsam zur namentlicher Abstimmung gebracht. Die namentliche Abstimmung ergibt die Ablehnung des Misstrauensantrags mit 287 gegen 257 Stimmen.

Abg. Dittmann (Soz.): Wir beantragen, die Sitzung nun eine Stunde zu unterbrechen, damit wir Gelegenheit haben, die unerhörten Vorgänge, die sich vorhin hier abgespielt haben, durchzusprechen.

Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.) widerspricht diesem Antrag.

Abg. Torgler (Komm.) stimmt der Vertagung zu und macht den Sozialdemokraten den Vorwurf, dass sie von Gewalttaten gegen Kommunisten weniger Aufhebens machten. Jetzt sässen die Sozialdemokraten da wie die geprügelten Hunde. (Lärm).

Der Vertagungsantrag wird angenommen, die Sitzung bis 2 Uhr unterbrochen.

Bei der Wiedereröffnung der Sitzung um 2 $\frac{1}{4}$ Uhr erklärt Präsident Löbe: Ich habe der Polizei meine Befugnis zur Verfolgung der an der Straftat Beteiligten übertragen und alle Massnahmen zur Verhütung einer Verdunkelung des Tatbestandes getroffen. Mir ist noch mitgeteilt worden, dass bei der Frau des überfallenen Journalisten Klotz vom Reichstag aus angerufen und ihr mitgeteilt worden ist, ihr Mann habe sich im Reichstag ungebührlich betragen, er sei infolgedessen zusammengeschlagen worden und sie solle herkommen, um sich seine Knochen abzuholen. (Sturm. Pfeif=Rufe). Nach den bisherigen Ermittlungen waren an der Straftat beteiligt die nationalsozialistischen Abgg. Heines (laute Rufe lonks: der bekannte Fememörder!), Weitzel, Koch-Ostpreussen und Stegmann, die auf Grund des § 91 der Geschäftsordnung wegen gröblicher Verletzung von mir für 30 Sitzungstage ausgeschlossen sind. (Beifall.) Ich fordere diese Abgeordneten auf, den Saal zu verlassen.

Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.): Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung.

Präsident Löbe: Ich erteile das Wort erst, wenn die ausgewiesenen Herren den Saal verlassen haben (nach einigem Abwarten). Die Herren verlassen den Sitzungssaal nicht. Damit ist die Sitzung unterbrochen. Ich werde den Damen und Herren mitteilen, wann ich die nächste Sitzung einberufe.

Diese Erklärung wird von der Linken mit grossem Beifall aufgenommen. Die Abgeordneten bleiben in erregten Gesprächen noch längere Zeit im Saale.